Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 50 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 35 Pfg., im Reklameteil 1,50 Mk., für Ostpreisanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 259 — Freitag den 4. November 1921 — 48. Jahrg.

Zur preußischen Regierungskrise.

Die Forderung der Stunde.

Die preußische Regierungskrise ist keine partikulare Angelegenheit des größten deutschen Landes, sondern bei dem engen Nebeneinander zwischen dem Reiche und Preußen wird jede preußische Regierungsfrage mehr oder minder auch eine deutsche Frage sein. In diesen Tagen muß man aber sagen, daß die jetzigen Vorgänge in Preußen gar nicht von den letzten Ereignissen im Reiche zu trennen sind. Es ist nötig, daß alle Parteien diese Zusammenhänge und ihre wechselseitigen Erfordernisse klar erkennen. Die demokratische Preußenfraktion hat mit ihrem entschlossenen Vorgehen nicht nur die schleichende Krise in Preußen beendet, sondern gleichzeitig auch die Unmöglichkeit einer dauernden Regierung auf schmaler Basis nachgewiesen. Was für Preußen gilt, gilt auch für das Reich, und es ist höchste Zeit, daß jetzt endlich die Notwendigkeit überall begriffen wird, stabile und tragfähige Regierungen zu schaffen.

Um die große Grundlage des demokratischen Vorgehens nicht verwischen zu lassen, ist es aber nötig, zurückst auf das bestimmteste die Ausstreuungen zurückzuweisen, die es so darstellen, als ob die demokratische Fraktion aus irgendwelchen Gründen persönlicher Art zu ihrem Schritt bestimmt worden sei. Es konnte natürlich nicht ohne Bestimmung bleiben, wenn der Ministerpräsident Stegerwald, wenn vielleicht auch unbewußt, nicht ganz offen gegen die demokratische Fraktion und insbesondere gegen seinen Ministerkollegen Dominicus handelte. Er hat sich nicht als glücklicher Stratege und gewandter Unterhändler erwiesen. Aber von demokratischer Seite wurde darüber nicht ein Wort verloren worden sein, wenn die Zentrumspresse nicht den Versuch unternommen hätte, die Gründe des Vorgehens der demokratischen Landtagsfraktion zu entstellen. Demgegenüber ist ein Wort der Zurückweisung am Platze. Niemand, der die Verhältnisse in der demokratischen Preußenfraktion kennt, kann im Ernst bestreiten wollen, daß es ausschließlich Motive waren, die in der Sache liegen, welche die demokratische Fraktion zu ihrem Beschluß, die Minister aus der Regierung zurückzuberufen, bestimmt haben. Die bisherige Arbeit des preußischen Landtages ist trotz des vielen Redens nahezu fruchtlos geblieben. Der neue Etat liegt in Kürze fertig vor, dabei hat der alte noch nicht einmal die 2. Lesung passiert. Zu eigentlicher gesetzgeberischer Arbeit ist man bisher überhaupt noch nicht gekommen. Die demokratische Fraktion hat sich in der Stellung von Anträgen und großen Anfragen, ja, selbst rednerisch die größte Zurückhaltung auferlegt. Die Hauptschuld lag bei den Sozialisten. Es wäre aber auch Aufgabe des Ministerpräsidenten gewesen, sich mit seiner ganzen Autorität für eine konzentrierte parlamentarische Arbeit einzusetzen. Bei diesem Mangel an Initiative und bei der Unmöglichkeit, fernerhin mit der Zweiparteienminderheit zu regieren, blieb gar nichts anderes übrig, als diesem Zustand ein entschlossenes Ende zu setzen. Gewiß lag bereits ein Plan für ein zu schaffendes Übergangskabinett vor, aber auch er war auf dem toten Punkte angekommen, weil sich der Ministerpräsident darauf versteifte, 3 Beamtenminister in der neuen Regierung zu belassen, obwohl gerade bei Schaffung dieser Regierung mit Zustimmung des Herrn Stegerwald die Beamtenminister dafür in Aussicht genommen worden waren, bei einer Regierungserweiterung politischen Ministern Platz zu machen. Wenn jetzt Herr Stegerwald aus unbekannten Gründen anderer Auffassung geworden ist, kann man dafür nicht die Demokraten verantwortlich machen.

Aber das sind nur Nebenerwägungen. Der Beschluß der demokratischen Fraktion sollte die schleichende Krise nicht nur zur offenen machen, sondern die ganze Krise überhaupt abkürzen. Die demokratische Fraktion ist unter keinen Umständen gewillt, dem Lande noch einmal das Schauspiel eines endlosen Hin und Her zu bieten. Alle Möglichkeiten sind längst erwogen und durchgesprochen worden. Es muß darum jetzt rasch gehandelt werden. Man darf es begrüßen, daß die Sozialdemokratie diesen gleichen Willen hat erkennen lassen. Aber man kann noch eine andere erfreuliche Feststellung machen: Im preußischen Landtage haben sich gestern die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei für die Schaffung der großen Koalition ausgesprochen. Die Sozialdemokratie ist zu einem geradezu wunderlichen Beschluß gekommen. Ihre Führer haben, und zwar nicht nur mündlich, versichert, daß auch sie für die große Koalition seien, aber sie möchten sie nicht in diesem Augenblick. Man kann den Sozialdemokraten zugeben, daß die Deutsche Volkspartei ihnen die Schaffung der großen Koalition im Augenblick nicht erleichtert hat. Aber politische Parteien können doch unmöglich eine Politik nach dem Muster gekränkter Backfische treiben! Wenn die Sozialdemokratie grundsätzlich für die große Koalition ist, dann müssen ihr gerade die neuen zwingenden Verhältnisse alle Augenblicksverstimmungen dämpfen. Es geht doch schließlich nicht an, daß, wenn vier Parteien grundsätzlich bereit sind, nicht nur eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen, sondern auch die wichtigsten Gegenwartsaufgaben gemeinsam zu lösen, daß man sich dann die Gelegenheit in einem Augenblick verscherzt, wo eine breite und stabile Mehrheit eine Lebensfrage für das Land sein muß. Es muß deshalb die Forderung nach der großen Koalition mit allem Nachdruck erhoben werden. Sie ist das Gebot der Stunde!

*

Die Donnerstag-Sitzung des Landtages.

Am Donnerstag mittag 1.20 Uhr wurde die Sitzung des preußischen Landtages eröffnet. Das Haus ist stark besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Präsident Leinert Mitteilung von dem Rücktritt des Kabinetts. Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Der Antrag des Abg. Herold (Ztr.), den ersten Punkt der Tagesordnung, die Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten über Oberschlesien, von der Tagesordnung abzusetzen, wird bei lärmendem Widerspruch der Kommunisten angenommen. Der Ausschußantrag, für die Opfer von Oppau 6 Millionen Mark zu bewilligen, wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Daraufhin vertagt sich das Haus auf Vorschlag des Präsidenten auf Freitag, den 4. November, 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die

Wahl des Ministerpräsidenten.

Schluß der Sitzung 1.30 Uhr nachmittags.

Der kommende deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

Washington, 4. Nov. (U. T.). Der kürzlich in den Vereinigten Staaten eingetroffene deutsche Staatssekretär Bergmann hatte bereits mit den Kabinettsmitgliedern Hoover, Mellon und Underwood längere Besprechungen, bei denen die künftige Gestaltung der amerikanisch-deutschen Handelsbeziehungen erörtert wurde.

Berlin, 4. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der deutsche Unterstaatssekretär Dr. Bergmann hat dem amerikanischen Schatzminister Mellon neue Vorschläge für die deutschen Reparationszahlungen unterbreitet. Dieser Plan wurde gestern dem Direktor der Federal-Reserve-Bank in Newyork Benjamin Strong vorgelegt. Bergmann erörterte auch alle finanziellen und wirtschaftlichen Probleme. Dem „Newyork Herald" zufolge will die amerikanische Regierung, um diese Pläne Bergmanns einstweilen nicht zu gefährden, an deren Verwirklichung sie großes Interesse hat, keine offiziellen Erklärungen abgeben.

Harding für die Feier des 11. November.

Washington, 4. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Präsident Harding erließ eine Proklamation, in der er alle Bürger der Vereinigten Staaten auffordert, die im Weltkriege Gefallenen dadurch zu ehren, daß am 11. November mittags 12 Uhr bis 12.02 Uhr jegliche Arbeit völlig ruhe.

Die Alliierten wollen Albanien schützen.

London, 4. Nov. Reuter glaubt zu wissen, daß die alliierten Regierungen bei der Belgrader Regierung wegen des Einfalles jugoslavischer Soldaten in albanisches Gebiet Vorstellungen erhoben haben. Die jüdlavische Regierung soll aufgefordert werden, ihre Truppen auf jugoslavisches Gebiet zurückkehren zu lassen.

London, 4. Nov. Im Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt: Die englische Regierung beauftragte ihren Botschafter in Paris, der Botschafterkonferenz nahezulegen, die Festlegung der albanischen Grenze nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Strikte Durchführung der Novemberfeier in Sachsen.

Leipzig, 4. Nov. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund, (Gewerkschaftsausschuß für Sachsen) fordert die sächsischen Ortsausschüsse in einem Aufruf auf, für strikte Durchführung des vor einigen Tagen hier gefaßten Beschlusses, den 9. November durch Arbeitsruhe zu begehen, zu wirken. In Leipzig werden am 9. November sieben gewerkschaftliche Versammlungen abgehalten, in denen Redner der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten sprechen werden. Im Anschluß an diese Versammlungen soll eine große Demonstration auf dem Augustusplatze stattfinden.

Scharfe amerikanische Handelspolitik.

Newyork, 4. Nov. Das Schiffahrtsbüro beschloß, daß jeder zwischen amerikanischen Eisenbahngesellschaften und ausländischen Transportgesellschaften abgeschlossene Kontrakt, der geeignet ist, der amerikanischen Handelsflotte Nachteile zuzufügen, aufzuheben, ist. — Harding billigte diesen Beschluß. Die amerikanischen Bahngesellschaften werden aufgefordert, Erklärungen über ihre Kontrakte abzugeben.

Der Direktor der Abteilung Ost im Auswärtigen Amte.

Berlin, 4. Nov. Der bisherige Direktor der Abteilung Ost im Auswärtigen Amte, Herr Behrend, hat einen längeren Urlaub angetreten. Zum Leiter der Abteilung ist der bisherige Referent für Rußland, Geheimer Legationsrat Freiherr Ago v. Maltzahn, ernannt worden.

Kommunistische Verschwörung aufgedeckt.

Helsingfors, 4. Nov. Die Polizei kam hier einer kommunistischen Verschwörung auf die Spur. Dreißig Verhaftungen erfolgten in Wiborg.

Schwere Sturmschäden in Schweden.

Stockholm, 4. Nov. Ein furchtbarer Sturm richtete in ganz Schweden große Schäden an. In Helsingborg wurden die neuen Hafenanlagen zum Teil zerstört. In manchen Gegenden war außerordentlicher Schneesturm, mancherorts liegt der Schnee drei Meter hoch.

Maxim Gorki in Berlin.

Berlin, 4. Nov. Der bekannte russische Schriftsteller Maxim Gorki traf in Berlin ein.

15 Seeleute ums Leben gekommen.

Leunstrup, 4. Nov. Der Dampfer „Niels Grau" aus Landskrona sank im Skagerak. Von 19 Mann Besatzung kamen 15 ums Leben.

13 Soldaten bei einem Autounglück getötet.

Der „L.-A." berichtet aus Wien: Aus Wiener-Neustadt wird gemeldet: Heute abend trafen vom Urlaub zurückkehrende Reichswehrsoldaten ein, die mit einem Lastautomobil nach Kirchschlag befördert werden sollten. Unterwegs stürzte das Auto über eine Böschung und begrub die Insassen unter sich. Bis jetzt wurden dreizehn Tote geborgen, darunter ein Generalstabsarzt.

Neue Unruhen in Jerusalem.

London, 4. Nov. Laut Nachrichten aus Kairo haben sich in Jerusalem Unruhen ereignet. Es wurden Bomben geworfen. Vier Juden und ein Araber wurden getötet, dreizehn Personen sind verletzt worden. Die Unruhen entstanden während eines Versuchs, das jüdische Viertel anzugreifen.

Neue britische Beschwerde über russische Propaganda.

London, 4. Nov. Im Unterhause teilte Lloyd George mit, die britische Regierung bereite eine neue Note an Rußland vor. In der die Beschwerden über das weitere Bestehen bolschewistischer Propaganda und antibritischer Intrigen in Mittel- und Kleinasien und anderen Gegenden durchaus begründet genannt werden. Das künftige Verhalten Englands bezüglich des englisch-russischen Handelsabkommens werde davon abhängen, wie die Sowjetregierung auf die englischen Proteste antworten werde.

Gespannte polnisch-russische Beziehungen.

London, 4. Nov. Reuter meldet aus Reval: Der polnische Gesandte wird nach Moskau zurückkehren, da die Beziehungen zwischen Polen und Rußland gegenwärtig gespannt sind.

Abschluß einer türkisch-persischen Entente.

Konstantinopel, 4. Nov. Der Führer der kemalistischen Delegation hat der nationalistischen Regierung telegraphiert, die Verhandlungen betreffend eine türkisch-persische Entente seien zu Ende geführt und das Abkommen von den Delegationen beider Parteien unterzeichnet worden.

Türkische Friedensdelegation zu den Alliierten.

Konstantinopel, 4. Nov. Die Nationalversammlung von Angora beschloß, nach Frankreich, England und Italien eine Mission zu entsenden, die die Friedensbedingungen der Regierung von Angora mitteilen soll.

Verhandlungen des Landtagspräsidenten mit den Fraktionsführern.

Berlin, 4. Nov. Der Präsident des preußischen Landtages Leinert empfing gestern nachmittag die Fraktionsvorsitzenden der Reihe nach, um sich mit ihnen über die politische Lage auszusprechen. Dabei erklärten sich die Vertreter aller bürgerlichen Parteien für die Notwendigkeit, eine große Koalition herzustellen. Die Sozialdemokraten hielten dagegen daran fest, daß nach den jüngsten Vorkommnissen im Reiche ihnen die große Koalition im Augenblick nicht möglich erscheint. Die Verhandlungen werden heute vormittag fortgesetzt werden.

Die Deutschnationalen gegen die Wahl eines sozialistischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 4. Nov. Die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat beschlossen, mit den anderen bürgerlichen Fraktionen des Landtages Fühlung zu nehmen wegen der Haltung, die die Bürgerlichen in der Frage der Regierungsumbildung in Preußen einnehmen wollen. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei werde, wie mitgeteilt wird, zu verhindern suchen, daß zur Leitung der preußischen Staatsgeschäfte ein Sozialdemokrat berufen werde.

USPD. und KPD. wollen eine rein sozialistische Regierung.

Berlin, 4. Nov. Die Fraktionen der USPD. und der KPD. des preußischen Landtages veröffentlichen Erklärungen zur Regierungskrise in Preußen, in denen sie sich für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung aussprechen. Sowohl die USPD. als auch die KPD. stellt eine Reihe Forderungen auf. Die Fraktion der KPD. fragt die SPD. und die USPD., ob sie bereit seien, unter den von ihnen angegebenen Bedingungen die Regierung in Preußen zu bilden die sie parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen würde.

Politische Uebersicht.

Dänische und schwedische Hilfe für Rußland.

Kopenhagen, 3. Nov. Das dänische Rote Kreuz beschloß eine Hilfsaktion für die notleidenden russischen Kinder, wozu der Staat 100000 Kronen bewilligt hat.

Kopenhagen, 3. Nov. Die schwedische Hilfsexpedition für Samara ist gestern von Stockholm nach Reval abgegangen. Außerdem wurden zwei Schiffsladungen Fische von Göteborg nach Rußland übergeführt. Der gesamte Wert der Ausrüstung übersteigt 300000 Kronen.

Bündnisse im Osten.

Die Gruppierung der neuen Oststaaten läßt deutlich eine Entwicklung nach zwei Richtungen hin erkennen. Frankreich hat mit Polen eine Militärkonvention geschlossen und ist bemüht, Polen nicht im Osten isoliert zu lassen. Darum wird mit Hochdruck daraufhin gearbeitet, Polen auch an andere Oststaaten anzugliedern. Nachdem vor einiger Zeit vergeblich versucht worden ist, die neuen Randstaaten Finnland, Estland, Lettland und Litauen mit Polen enger zusammenzuschließen, arbeitet Frankreich jetzt auf ein polnisch-tschechisches Bündnis hin. Zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei ist in den Grundzügen bereits ein Handelsabkommen fertig, aber Polen möchte unter französischer Führung dieses Handelsabkommen zu einem politisch-militärischen Bündnis erweitern. Polen ist so weit französischer Vasallenstaat geworden, daß es die Unterzeichnung des für das Land so notwendigen Handelsabkommens davon abhängig macht, daß auch das Militärbündnis zustande kommt. Nun ist aber die Tschecho-Slowakei an das Bündnis der Kleinen Entente gefesselt, und es ist fraglich, ob die Tschechen die Hände noch insoweit frei haben, daß sie nun auch mit Polen in ein engeres Verhältnis treten können. Die nördlichen Randstaaten haben sich auf der Riga-er Wirtschaftskonferenz mit Sowjetrußland wirtschaftlich verständigt.

*

Noch keine Besserung in der irischen Frage.

London, 4. Nov. Laut „Preß Association" glaubt man, daß in der gestrigen Sitzung des Ausschusses der irischen Konferenz zwischen der britischen Regierung und den Sinnfeinern ein endgültiges Übereinkommen von zwei verschiedenen Plänen, von denen jeder die Einheit Irlands aufrechterhalten wissen will, erzielt wurde. Der Premierminister von Ulster, Sir James Craigh, wurde telegraphisch aufgefordert, nach London zu kommen, um mit den Vertretern der Regierung zu beraten. Wie verlautet, hat Craigh die Einladung angenommen und wird voraussichtlich am Sonntag morgen in London eintreffen. Hier wird er mit Lloyd George zusammenkommen. Von maßgebender Seite wird erklärt, daß man an Craigh nicht mit einem Vorschlag herantreten werde, der auf eine Volksabstimmung in den Grafschaften Tyrone und Fermanagh hinausläuft. Die Lage habe sich nicht gebessert, daß eine unmittelbare Lösung erwartet werden könne.

*

Beschlagnahme der ungarischen Kurierpost.

Prag, 4. Nov. Gestern wurde durch die Behörden der tschecho-slowakischen Republik in Preßburg die ausgehende Kurierpost der ungarischen Delegation beschlagnahmt. Die Regierung hat sofort Vorkehrungen getroffen, daß sich ähnliche Fälle nicht mehr wiederholen. Sie hat der ungarischen Regierung versichert, daß dieser Übergriff sofort gutgemacht werden würde.

*

Von der internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 4. Nov. Die internationale Arbeitskonferenz hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig den Vorschlag auf Einführung des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211104-17/fragment/page=0001

landwirtschaftlichen Unterrichts in den Mitgliedstaaten der Arbeitsorganisationen angenommen. Dem Entwurf des Übereinkommens betreffend das Koalitionsrecht der Landarbeiter wurde gleichfalls zugestimmt. Beide Texte gehen zunächst an die Redaktionskommission. Dann erfolgt ihre endgültige Erledigung in der Vollversammlung.

*

Aufgaben der Washingtoner Konferenz.

Paris, 4. Nov. Portinax meldet aus Neuyork, daß die amerikanischen Staatslenker die Absicht hätten, in Zukunft eine engere internationale Zusammenarbeit herbeizuführen. Natürlich denke man nicht daran, daß Amerika in den Völkerbund eintreten solle; doch glaube man, daß der Völkerbund den europäischen Bedürfnissen entspreche und infolgedessen am Leben bleiben solle. Die Verbindung zwischen Washington und den andern Regierungen könnte durch internationale Verhandlungen erfolgen, die etwa alljährlich stattfinden könnten. Die gegenwärtige Konferenz wäre die erste einer ganzen Anzahl von Konferenzen.

Was die Abrüstung anlangt, so würde man den Zustand der Abrüstung Deutschlands gründlich prüfen, ebenso die verschiedenen Ursachen, welche die französische Unruhe rechtfertigen könnten. Frankreich solle das Gefühl haben, daß es in Sicherheit leben könne. An den einst versprochenen Allianz- oder Garantievertrag denke man nicht mehr und werde ihn **nicht wieder aufleben lassen. Man glaube, daß der moralische Druck, den Amerika auf Deutschland bezüglich der Durchführung des Versailler Vertrages ausübe, die gewünschten Ergebnisse haben werde.**

Die Einschränkungen der Rüstungen zur See können mit Aussicht auf Erfolg nur unternommen werden, wenn man sich über die besondere Lage der einzelnen Mächte klar sei. Alle Anstrengungen, ein unabhängiges China wiederherzustellen, müßten mit der Notwendigkeit einer gewissen Ausdehnung Japans der Einklang gebracht werden. Die im Jahre 1920 geschaffene finanzielle Organisation habe das Recht, daß ohne sie keine offizielle chinesische Anleihe ausgegeben werden kann. Aber den privaten Unternehmungen soll dennoch voller Spielraum für Betätigung gewährt werden. Die Neutralisierung der ostchinesischen Eisenbahn solle vollbracht werden, doch soll den Japanern das Recht zusichen, die südmandschurische Eisenbahn zu dirigieren. Ob die Finanzfragen auf der Konferenz erörtert werden, ist noch nicht sicher.

*

Deutschland.

Ein Brief der Mörder Erzbergers.

Berlin, 3. Nov. Das deutschnationale Abendblatt veröffentlicht einen angeblichen Brief der beß Mordes an Erzberger angeschuldigten Heinrich Tillessen und Heinrich Schulz, aus Emden vom 8. Oktober datiert, aber auf einem Berliner Postamt aufgeliefert. — Darin erklären die Beiden, nachdem sie sich in Sicherheit befänden, wollten sie mitteilen, daß sie nicht die Täter, sondern lediglich deren Werkzeug waren, die den wirklichen Tätern die Gelegenheit zur Flucht zu verschaffen gehabt hätten. Die Veranlassung der Tat und die recht erheblichen Mittel dazu seien aus rheinischen Zentrumskreisen gekommen?

Deutsche Abgeordnete zum internationalen Sozialistenkongreß.

Am 23. und 24. November tagt in Brüssel das Exekutivkomitee der zweiten Internationale, um die Frage der Herstellung einer einheitlichen Internationale der Sozialisten aller Länder zu beraten. Laut „Vorw." werden als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Herm. Müller und Otto Wels an der Tagung teilnehmen.

Eine Erdrosselungssteuer.

Es dürfte sich wohl in Deutschland heute angesichts der Notlage des Reiches niemand der Einsicht verschließen, daß es eine der wichtigsten Aufgaben unserer Reichsleitung sein muß, die notwendigen Mittel zur Deckung der Ausgaben jeglicher Art aufzubringen. Es ist hierbei in Anbetracht des auf uns lastenden Drucks unvermeidlich, daß auch Steuergesetze von der Mehrheit der deutschen Volksvertretung Billigung und Genehmigung erfahren, welche das deutsche Wirtschaftsleben in schwerster Weise belasten. Es dürfte jedoch sicherlich nicht angebracht sein, solche Steuerbestimmungen zu treffen, welche den Besteuerten in kürzester Frist der Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz aussetzen.

Ein solches Steuergesetz liegt heute in Form des Umsatzsteuer-Gesetzes vor, welches bedauerlicherweise auf die ganz besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse der gesamten deutschen Presse und in diesem Falle im besonderen der deutschen Annoncen-Expeditionen nicht die unbedingt erforderliche Rücksicht nimmt. Denn heute sind diese Annoncen-Expeditionen durch das Umsatzsteuer-Gesetz vor Sein oder Nichtsein gestellt, da von ihnen verlangt wird, daß sie die allgemeine Umsatzsteuer nicht von der ihnen seitens der Verleger für ihre Werbe- und Ausführungs-Arbeit bei der Anzeigenvermittlung gewährten Kommission zu bezahlen haben, sondern von dem Gesamtbetrage der von ihnen für die deutsche Presse getätigten Aufträge. Die Ursache dieser offenbaren Ungerechtigkeit liegt darin, daß bei der besonderen wirtschaftlichen Stellung der Annoncen-Expeditionen diese nicht in der Lage sind, die von ihnen in dieser Weise geforderte Steuer abzuwälzen, obgleich bei der Schaffung des Umsatzsteuergesetzes gerade die Abwälzbarkeit der Steuer zur unbedingten Voraussetzung der Durchführung einer derartigen Steuererhebung gemacht worden ist.

Die Annoncen-Expeditionen haben bisher nichts unversucht gelassen, um bei den zuständigen Behörden eine Berücksichtigung ihrer durch die Steuer geschaffenen Notlage zu erwirken, und obgleich die gesamte deutsche Presse, vertreten durch ihre Hauptorganisationen das Vorgehen der Annoncen-Expeditionen selbstverständlich bereitwilligst unterstützt hat, da deren Erhaltung und Mitarbeit für die heute schon schwer kämpfenden deutschen Verleger von höchstem Interesse ist, ist bisher dem Ersuchen der Annoncen-Expeditionen nicht Folge geleistet worden.

In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Angelegenheit geben wir uns der zuversichtlichen Erwartung hin, daß der Steuerausschuß des Reichstages sich eingehend mit der Frage der Umsatzsteuerberechnung bei den deutschen Annoncen-Expeditionen befassen und für einen gerechten Ausgleich sorgen wird.

Merseburg und Umgegend.

4. November.

Versorgung der „Altrentner"

(Gesetz vom 18. Juli 1921.)

Das „Altrentnergesetz", das mit Wirkung vom 1. Januar 1921 in Kraft getreten ist, regelt die Versorgungsgebührnisse der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen, soweit ihnen Versorgungsgebührnisse nur infolge einer vor dem 1. August 1914 beendeten Dienstleistung zuerkannt sind oder nach den vor dem Reichsversorgungsgesetze vom 12. Mai 1920 erlassenen Militärversorgungsgesetzen noch zuerkannt werden können. Nicht darunter fallen die mit Ruhegehalt verabschiedeten Berufsoffiziere, -deoffiziere und -beamten, für die das Pensionsergänzungsgesetz vom 21. Dezember 1920 gilt.

Da nach § 1 des Altrentnergesetzes grundsätzlich das Reichsversorgungsgesetz gilt, ist erreicht, daß alle „Altrentner", mag ihre Versorgung nach der Gesetzgebung von 1906/07 oder früherer Zeit erfolgt sein, im allgemeinen wie die „Neurentner" aus dem Kriege 1914/18 behandelt werden.

Die Neufestsetzung der nach früheren Militärversorgungsgesetzen bewilligten Versorgungsgebührnisse (Umanerkennung) erfolgt ohne Antrag. Bei der Reihenfolge der Umanerkennung wird das hohe Lebensalter einer Reihe von Altrentnern, insbesondere auch der Kriegsteilnehmer von 1870/71, und die bedürftige Lage von Beschädigten und Hinterbliebenen berücksichtigt.

Mit der Durchführung des Gesetzes sind vom Reichsarbeitsministerium beauftragt worden:

a) die Hauptversorgungsämter hinsichtlich der Hinterbliebenen;
b) die Versorgungsämter hinsichtlich aller übrigen Versorgungsberechtigten.

Da die Umanerkennungsarbeiten eine gewisse Zeit erfordern, ist seitens des Reichsarbeitsministeriums angeordnet worden, daß den Witwen und Waisen der Unterklassen, die sich zum Teil in großer Notlage befinden, von Amtswegen mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an laufend monatlich Vorschüsse in Höhe der künftigen Versorgungsgebührnisse gewährt werden. Wenn im übrigen im Einzelfalle eine Vorschußgewährung geboten erscheint, kann diese von den Versorgungsbehörden auch selbständig veranlaßt werden.

*

** 25 Jahre Leichenwäscherin. Ein nicht alltägliches Jubiläum kann am 6. November d. J. die Witwe Friederike Schmidt geb. Nogel, wohnhaft Roitzsch 7 hier, begehen. An diesem Tage blickt sie auf eine 25 jährige Tätigkeit als Leichenwäscherin der Altenburg, Neumarkt und Menschau zurück.

** **Das große Los.** 500 000 M, der Preußischen Klassenlotterie, fiel in der Ziehung am 1. November auf die Nr. 20 699.

** **Zur Gehaltsregulierung der Beamten** wird uns geschrieben: Zu der Erklärung des Herrn Postinspektors Gose, betr. die Gehaltsregulierung der Beamten möchte ich noch weiter berichten, wie sich die Gehälter der Gruppe III (Postschaffner) und Gruppe IV (Ober-Postschaffner) jetzt stellen, damit sich diejenigen, welche über die unersättlichen Beamten schimpfen, ein Urteil fällen können, für welchen Hungerlohn die Beamten ihre Arbeitskraft dem Reiche verkauft haben. Gruppe III, Postschaffner, erhält nach 16 Dienstjahren jährlich 17 843 Mark, monatlich 1487 M, täglich 49,50 M, pro Stunde 6,18 M. Gruppe IV, Ober-Postschaffner, erhält nach 16 Dienstjahren jährlich 19 673 M, monatlich 1631 M, täglich 54,36 M, pro Stunde 6,79 M. Der jährliche Betrag setzt sich zusammen aus Gehalt, Orts- und Teuerungszuschlag. Das Gehalt ist berechnet für Beamte, welche im vorgerückten Lebensalter stehen. Rex, Ober-Postschaffner.

** **Die Kuhhaltung im Regierungsbezirk Merseburg.** Bei der Viehzählung am 1. Dezember 1914 betrug die Zahl der Kühe, Färsen und Kälbinnen im Alter von mindestens zwei Jahren in der Provinz Sachsen 426 619. Während der Kriegszeit erfolgte nun ein Rückschlag, so daß sich am 1. Dezember 1920 deren Zahl nur auf 318 289 belaufen konnte. Sie ist also in der Zwischenzeit um 18,4 v. H. gesunken. Der Regierungsbezirk Merseburg hatte nun am 1. Dezember 1914 einen Bestand von 188 877 Kühen, Färsen und Kalbinnen aufzuweisen gehabt, während er am 1. Dezember 1920 nur 149 365 betrug. Das bedeutet eine Verringerung von 20,9 v. H. Die Kuhhaltung hat demnach im Regierungsbezirk Merseburg wesentlich stärker abgenommen als im Provinzialdurchschnitt. Von den Kreisen dieses Regierungsbezirkes haben die des Westflügels im allgemeinen mehr verloren als die des Ostflügels. Die größte Einbuße hat der Kreis Merseburg erlitten, wo die Zahl der Kühe vom 1. Dezember 1914 zum 1. Dezember 1920 um 35,3 v. H. sank. Dann folgen Saalkreis und Landkreis Weißenfels mit einer Abnahme von 34,9 v. H. resp. 32,6 v. H., während die östlichen Kreise weit günstiger stehen.

** **Auch die Eisenbahnnebentarife werden erhöht.** Ein soeben erschienener Nachtrag V zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif enthält die Erhöhung der Nebentarife. In den allgemeinen Tarifvorschriften wird die Mindestfracht für Stückgut der allgemeinen Stückgutklasse auf 4 M festgesetzt, was einer Erhöhung des bisherigen Satzes um 33 Proz. entspricht. Die Mindestfracht für Eilstückgut der allgemeinen Klasse wird auf 6 M und die Mindestfracht für beschleunigtes Eilgut auf 8 M erhöht. Das Wiegegeld wird bei Verwendung gewöhnlicher Wagen bei Stückgut je Stück auf 1,30 M und bei Verwendung von Gleiswagen auf 13 M je Wagen festgesetzt. Das Verwiegen von vier- oder mehrachsigen Eisenbahnfahrzeugen wird mit 20 M berechnet. Ebenso werden auch die Lade- und Krangebühren neu festgesetzt und zwar für das Ausladen loser Schüttungsgüter 2,60 M je 100 Kilogramm, für andere Güter 1,30 M je 100 Kilogramm. Auch der Nebengebührentarif im Tierverkehr wird entsprechend, in den meisten Fällen um 30 v. H. erhöht.

** **Bevorzugte Abfertigung von Schwerkriegsbeschädigten in Justizbehörden.** Der Preußische Justizminister hat angeordnet, daß in den Justizbehörden für eine bevorzugte Abfertigung von Schwerkriegsbeschädigten, denen längeres Stehen oder Warten in geschlossenen Räumen unzuträglich ist, Sorge getragen wird. Die Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene haben die Anweisung erhalten, solchen Schwerkriegsbeschädigten auf Antrag nicht übertragbare Ausweise auszustellen, die mit dem Stempel der Fürsorgestelle und dem Lichbild des Inhabers versehen sind. Die Inhaber solcher Ausweise werden bevorzugt abgefertigt. Außerdem ist angeordnet worden, daß in den Amtsräumen nach Möglichkeit Gelegenheit für Schwerkriegsbeschädigte einzurichten ist.

** **Bühnenbeschränkung in Versammlungssälen.** Eine namentlich für Saalbesitzer wichtige Neuordnung hat der preußische Polizeiverwaltungsminister zugleich im Namen des Ministers des Innern erlassen. Hiernach sind in einem öffentlichen Versammlungsraum mit Bühnenpodium, wenn er nicht den an Theater zu stellenden Bau-, Feuer- und sicherheitspolizeilichen Anforderungen entspricht, alle Varieté-Vorstellungen mit mehr als vier Personen sowie alle dramatischen Handlungen, also auch Einakter, Operetten usw., unzulässig. Wird aber von der Aufstellung eines Bühnenpodiums abgesehen und nur ein offenes Vortragspodium ohne jede bühnenmäßige Ausstattung benutzt, so unterliegt eine derartige Anlage nicht den Anforderungen und Beschränkungen der genannten Polizeiverordnung. Es können daher in Sälen die zwar nicht den Anforderungen an öffentliche Versammlungsräume genügen, derartige Darbietungen dann zugelassen werden, wenn kein Bühnenpodium, sondern nur ein einfaches, offenes Vortragspodium ohne jede bühnenmäßige Ausstattung verwendet wird. Das weiteren wird, um Gefahren aus der in immer weiterem Umfange stattfindenden Verbindung von Schulsälen für öffentliche Darbietungen auszuschließen, die Hergabe dieser Räume nunmehr von einer besonderen baupolizeilichen Genehmigung abhängig gemacht.

** **Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern.** Es empfiehlt sich, die Weihnachtspakete nach den überseeischen Ländern, mit denen ein Postverkehr zurzeit möglich ist, namentlich nach den Vereinigten Staaten von Amerika, schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Aushändigung dieser Sendungen an die Empfänger gesichert ist.

** **Kriegs- und Dienstauszeichnung.** Wiederholt eingehende Anträge beim Versorgungsamt Weißenfels auf Verleihung von Kriegs- resp. Dienstauszeichnungen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nach den ergangenen Erlassen die Termine hierfür bereits verstrichen sind und Antworten auf weitere Eingaben nicht zu erfolgen haben. Auch für Ausstellung resp. Beschaffung von Militärpässen oder andere rein militärische Bescheinigungen usw. ist das Versorgungsamt weder zuständig noch berechtigt.

** **Bekanntmachungen des Versicherungsamtes Merseburg-Stadt** sind im Amtsblatt der heutigen Zeitung veröffentlicht. Sie betreffen eine Neufestsetzung des durchschnittlichen Jahresverdienstes der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und eine Neufestsetzung des Ortslohnes der Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Bekanntmachungen erfordern allgemeine Beachtung.

** **Der Evang. Männer- und Jugendverein** beschäftigte sich am Donnerstag abend in einer auf besuchten Versammlung mit den Vorbereitungen für einen Werbetag für die Sache der deutschen Jünglingsvereine. Bestimmt festgesetzt wurde hierzu der 18. November d. J. An diesem Sonntage soll vormittags in der Stadtkirche ein Festgottesdienst stattfinden, an den sich eine Nachmittags- und Abendversammlung an der Geisel verschiedene Veranstaltungen anschließen werden. In Aussicht genommen wurde von 2 Uhr an ein besonderer Werbeakt für jüngere Mitglieder, dieses vorlesen wollen, auf weitere Kreise der Jugend die dem Verein noch fernstehen, Einfluß zu gewinnen. Der Abend soll durch Vorträge, Lieder und Ansprachen möglichst angenehm gestaltet werden, so daß auf einen weiteren Besuch von Mitgliedern und solchen, die sich für die Jünglingsvereinssache interessieren, gerechnet werden kann.

** **Die Beheizung der Züge im kommenden Winter** soll, wie wir erfahren, wesentlich verbessert werden. Bisher ist die Dampfheizung hauptsächlich daran, daß ein internationales Anschlußstück für die Kupplung vorgesehen war, dessen geringer Querschnitt zu kleine Dampf-

---

Was jede Frau von Vermögensverwaltung wissen muß.

Jetzt, wo so viele Frauen darauf angewiesen sind, ihr Vermögen selbst zu verwalten, sollen die nachfolgenden Ausführungen ihnen Anhaltspunkte geben, worauf sie besonders zu achten haben, um sich vor Schaden zu bewahren.

Die veraltete Art, bares Geld in Strümpfen aufzubewahren, mag nur als historische Erinnerung erwähnt sein; man soll überhaupt nicht mehr bares Geld im Hause halten, als man für die nächste Zeit unbedingt braucht. Täglich berichten die Zeitungen über Einbrüche, gestohlene Hand- und Briefkoffer mit reichem Inhalt. Dazu kommt bei unserem jetzigen Papiergeld die Gefahr des Brandschadens, des Mäusefraßes usw. Dabei ist in erster Linie zu berücksichtigen, daß das zu Hause liegende Geld keine Zinsen bringt.

Man muß also sein Geld in irgendeiner Weise zinstragend anlegen. Dafür kommen in Betracht: Einlagen bei einer Sparkasse oder Bank, Ankauf von Hypotheken- oder Wertpapieren.

Die Sparkassen sind insbesondere für diejenigen bestimmt, die kleinere Beträge sicher anlegen wollen; sie geben verhältnismäßig wenig Zinsen, dafür aber die Möglichkeit, jederzeit über das Geld zu verfügen. Die hiesige Sparkasse gibt zurzeit für jede 100 M 3½ M jährliche Zinsen, von welchen ein Zehntel für die Kapitalertragssteuer abgehen.

Hypotheken sind eine geeignete Kapitalanlage für den, der sein Geld für längere Zeit fest anlegen will. In Betracht kommen natürlich nur erste Hypotheken auf Gebäude oder Grundstücke, die etwa den doppelten Verkaufswert haben und deren Eigentümer durchaus vertrauenswürdig sind. Zur Gültigkeit einer Hypothek bedarf es einer gerichtlichen Eintragung, welche durch einen Notar besorgt wird. Der Zinsfuß einer guten ersten Hypothek beträgt zurzeit etwa 4½ bis 4¾ Prozent, wovon wieder 10 Proz. für die Kapitalertragssteuer abgehen.

Wertpapiere zerfallen in solche, die alljährlich gleiche feste Zinsen bringen, und in solche mit schwankenden Erträgen. Bei der Ertragsberechnung ist zu berücksichtigen: der Betrag, zu dem das betreffende Papier erworben wurde und der jährliche Ertrag abzüglich 10 Proz. für die Kapitalertragssteuer. Alle inländischen Papiere müssen bei einer Bank hinterlegt sein, da sonst die Erhebung der Zinsen große Schwierigkeiten macht. Als festverzinsliche Papiere gelten vor allem: 1. die Anleihen des Reiches, der einzelnen Bundesstaaten, der Städte und sonstigen Kommunalverbände; 2. die Pfandbriefe der Landschaften und der Hypothekenbanken, und 3. die Schuldscheine (Obligationen), die von größeren Werken ausgegeben werden. Diese Papiere bringen im allgemeinen zwischen 5 und 5 M Zinsen auf je 100 M Nennwert abzüglich der 10 Proz. für die Kapitalertragssteuer. Die Sicherheit und dementsprechend der Ankaufswert der vorstehenden Papiere richtet sich nach dem Zutrauen, das man dem Schuldner schenkt. Im Gegensatz dazu ist der Ertrag der Aktien von Jahr zu Jahr schwankend; Aktien sind Anteile an dem Vermögen einer Aktiengesellschaft. Ihr Ertrag ist davon abhängig, wie gut die betreffende Gesellschaft arbeitet und welche Erträge sie aus ihrem Betrieb herauswirtschaftet. Dementsprechend schwankt auch der Ankaufswert der Aktien innerhalb weiter Grenzen.

Eine besondere Stellung nimmt die Sparanleihe des Deutschen Reiches ein, die zwar keine festen Zinsen bringt, von der aber jährlich ein Teil unter Zuschlag von 5 Proz. getilgt wird; außerdem finden halbjährlich Ziehungen mit hohen Treffern statt.

Alle für Kapitalanlagen in Betracht kommenden Papiere werden an der Börse gehandelt und können nur durch Vermittelung eines Bankgeschäftes oder einer Sparkasse gekauft und verkauft werden. Der Preis richtet sich nach dem Börsenkurs, der von den Zeitungen in dem Kursblatt mitgeteilt wird.

Die Wertpapiere bestehen meist aus zwei Bogen, dem sog. Mantel, der das eigentliche Wertpapier darstellt, und dem Zins- oder Dividendenbogen mit der anhängenden Zinsleiste (Talon). Die Zinsleiste ist bestimmt zur Erhebung neuer Zinsscheinbogen, wenn die alten ausgebraucht sind.

Während die festverzinslichen Papiere meist halbjährig Zinsen zahlen und die Zinsscheine auf bestimmte Summen in Mark lauten, lauten die Dividendenscheine der Aktien nur auf das betreffende Jahr und nicht auf einen bestimmten Betrag.

Jeder, der Vermögen besitzt, soll sich ein Konto bei der Bank eröffnen lassen, bei der er seine Papiere zu hinterlegen beabsichtigt. Die Banken erheben eine Gebühr für die durch sie besorgten An- und Verkäufe und eine kleine Aufbewahrungsgebühr für die bei ihnen lagernden Wertpapiere; dafür ziehen sie ohne weitere Kosten für den Eigentümer die fälligen Zinsen ein, überwachen etwaige Auslosungen, Rückzahlungen, die Ausgabe junger Aktien usw.

Für das bei ihnen lagernde bare Geld vergüten die Banken, wenn man sich das Recht vorbehält, jederzeit darüber zu verfügen, nur 1½ bis 2 Proz., bei fester Überlassung auf längere Zeit meist 3¼ Proz. Man tut deshalb gut, größere Beträge, die man nicht sofort braucht, bald tunlichst anzulegen. Halbjährlich schicken die Banken ihren Kunden eine genaue Übersicht über Einnahmen und Ausgaben, die man zu prüfen und zu bestätigen hat.

*

Das Alter der Erde.

Das Alter der Erde stand in einer der Sitzungen auf der jüngsten Jahresversammlung der British Association in Edinburg zur Erörterung. In den letzten Jahren hat die Entdeckung des Freiwerdens von Energie innerhalb der Atome durch radio-aktive Substanzen ein ganz neues Licht auf die Lösung der Frage geworfen. Uran wurde durch Rabium in einer langen Reihe von Umbildungen in Blei verwandelt, wobei Abfälle von Helium mit großer Geschwindigkeit abgestoßen wurden und Wärme erzeugten. Es erwies sich jetzt als eine Schwierigkeit, zu erklären, warum die Erde nicht wärmer wird, anstatt daß sie sich abkühlt, wenn man die Menge von Uran, die in der Erdkruste vorhanden ist, bedenkt. Die konnte aber die Umbildung von Uranium einen Zeitraum für die Verursachen Zeitalter bilden? Die Schnelligkeit dieser Umbildung im Jahre wurde genau festgestellt. Sie war außerordentlich gering: die Berechnungen ergaben für das älteste Gestein ein Alter von 925 Millionen Jahren. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kam man auch von dem gegenwärtigen Heliumvorrat, man berechnete mit denselben Methoden das Alter der jüngeren geologischen Formationen und das Alter der Erdkruste in der einen oder anderen Gestalt älter als die ältesten Gebirge ist. Sie hat nach den gegenwärtigen Mengen von Uran wahrscheinlich ein Alter von etwa 6000 Millionen Jahren.

*

* **Illustriertes Konversationslexikon.** Die Preise für Lexika sind zurzeit ganz bedeutend. Es ist deshalb auf ein Unternehmen hinzuweisen, daß ein gediegenes vierbändiges Lexikon mit über 12 000 Textbildern und etwa 700 ganzseitigen Bildertafeln ausgibt: Illustriertes Konversations-Lexikon. H. G. J. Göschorph Verlag, Berlin SW. 68, Alte Jakobstr. 24. Es erscheint in wöchentlichen Lieferungen (104 mal) zu je 2,50 M. Der Gesamtpreis für alle Hefte beträgt 260 M. Die Tafel der Mitarbeiter enthält die besten Namen der deutschen Gelehrtenwelt. Die vorliegende erste Lieferung macht auch buchtechnisch einen bestechenden Eindruck. Es kann also nur empfohlen werden, sich für einen mäßigen Preis ein umfassendes Nachschlagewerk zu beschaffen. B.

* **Lein- und Hanfbau.** Welche bedeutsame Rolle die Gespinstpflanzen Lein und Hanf zwecks Gewinnung der Rohfaser im eigenen Lande spielen, ist zur Genüge bekannt. Die inländische Erzeugung dieser Pflanzen läßt sich nur erhöhen, wenn u. a. die Kenntnis der Ansprüche dieser Pflanzen an alle in Frage kommenden landwirtschaftlichen Verhältnisse wie Boden, Klima, Bestellung, Saatverhältnisse, Düngung, Ernte, Aufbewahrung und Verarbeitung des Materials immer ausgebehnter und gründlicher wird. Das im Verlag der „Lehrmeister-Bücherei" von Hachmeister & Thal Leipzig, erschienene Buch über „Lein- und Hanfbau" mit Hanfbeet von Hugo Paulig, Landwirtschaftslehrer" ist ein trefflicher Ratgeber für den Landwirt und enthält alles Wissenswerte, das auf Grund praktischer Versuche und der neuesten Erfahrungen gesammelt worden ist. Neben der Beschreibung der Verarbeitung des Fadens ist auch eine sehr ausführliche Anleitung des Webens im Hause gegeben, bei durch viele gute Zeichnungen und Bilder erläutert wird. Der Preis dieses sehr lehrreichen Buches beträgt nur M 1,20.

* **Literarisches Preisausschreiben.** Uns wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die geringe Beachtung der religiösen Dichtung in unserer neuen Zeit veranstaltet der durch seine vaterländischen Preisausschreiben bekannte Edda-Verlag nunmehr auch ein großes literarisches Preisausschreiben für das beste religiöse Gedicht. Insgesamt kommen 12 Preise zur Verteilung (500,— 250,— M usw.). Als Preisrichter wirken die Herren Schriftsteller Dr. Kurt Bock, Reinhold Baum, Hermann Kiehne, Wernecke-Brüggemann. Außer den preisgekrönten Gedichten werden noch weitere gute Beiträge erworben zur Veröffentlichung in einem religiösen Erbauungsbuche. Die näheren Bedingungen erhält jeder Teilnehmer gegen Einsendung des Rückportos kostenlos zugestellt durch den Edda-Verlag in Cassel.

Sinner Backpulver Para-Likör die allgemein beliebten **Qualitäts-Marken!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211104-17/fragment/page=0002

bisher die Heizschlüche einteilig und mußten an die Wagen im Bedarfsfalle jedesmal angebracht werden, wobei infolge des vielen Herumbrehens der Schlüche diese stark beschädigt und vorzeitig unbrauchbar wurden. Um diesen Uebelständen abzuhelfen, werden nunmehr im Verkehr auf Linien von Bahnen, die dem Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen, das ist Deutschland, Holland, Oesterreich und Ungarn, angehören, zweiteilige Kupplungen mit wesentlich größerem Durchgangsquerschnitt zugelassen, wo je eine Hälfte fest am dem Wagen bleibt und das Kupplungsstück für die genannten Verwaltungen einheitlich festgelegt wurde. Es werden in diesem Winter in Schnellzügen das erstemal Wagen mit solchen Schläuchen laufen, die zum Teil aus Kautschuk, zum anderen Teil aus Eisengeflechtrohren bestehen. Der Versuch soll erweisen, welche Gattung besser ist. Jedenfalls soll zwischen Lokomotive, Tender und Gepäckwagen womöglich metallisch gekuppelt werden, da dort der Druck, der gegen das Zugende abnimmt, am größten ist. Um die Hauptheizleitung zu entlasten, werden bei jedem Wagen in diese Leitung Dampfwasserabscheider eingebaut, damit das Kondensmasser nicht bis zum Ende des Zuges gefördert werden muß, was eine Einstiergefahr bedeutet und außerdem durch die zu leistende Arbeit die Dampfspannung in der Leitung vermindert. Von der alten Hochdruckleitung, die nur im vorderen Teil des Zuges zur vollen Wirksamkeit gelangt und den Nachteil hat, daß in infolge der hohen Heizkörpertemperaturen meist überheizt und durch Rösten des Staubes die Luft verdirbt, wird schon seit einigen Jahren bei Neubauten abgegangen und dafür eine Druckniederheizung verwendet, die bei geringsten Drücken in der Hauptleitung und vollkommen unabhängig vom veränderlichen Drucke in dieser gleichmäßig in allen Teile des Zuges durchheizt. Durch Heizkörpertemperaturen, die 90 Grad nicht überschreiten können, ist die Erwärmung angenehm und der üble Geruch durch Rösten des Staubes und übermäßige Erhitzung der Lackfarben vermieden.

** **Aufgehobenes Uhrenkarisium.** Der in der gestrigen Notiz gewünschte Zusammenschluß aller öffentlichen Uhren zwecks Einrichtung einer allgemeinen Merseburger Stadtzeit zum Nutzen und Frommen aller Bewohner wird in den nächsten Tagen eintreten. Allerdings fanden sich die Uhren nicht allein zusammen, sondern der Magistrat mußte erst dagewischen fahren, und nun werden zwie im Amtsblatt der heutigen Zeitung zu lesen ist, von Sonntag den 6. November an alle öffentlichen Merseburger Stadtuhren eine Einheitsstunde schlagen.

** **Jagderfolg.** Vorgestern wurde in der Jagdhut Bischerben-Atzendorf eine Treibjagd abgehalten. Von 80 Jägern wurden 131 Hasen erlegt. Das Ergebnis ist gegen das des Vorjahres recht mager, da es um 80 Hasen zurückbleibt.

** Im Schützenhaus-Kabarett unterhalten die Vortragenden jeden Abend die Gäste in vorzüglicher Weise. Die Partnerin in den Liedern „Der Lenz" und im Duett „Richter und Marionetten" ist Fräulein Erika Göring, die auch bei dem Eröffnungsabend (nicht Fräulein Courbiere), den wärmsten Beifall erntete.

*

Tivoli-Theater: Die Kleine aus der Hölle.

Georg Okonkowskis Operette „Die Kleine aus der Hölle", die uns gestern im Tivoli-Theater geboten wurde, verdient die Bezeichnung Operette nicht, sondern ist als Schwank mit Gesangseinlagen besser gekennzeichnet. Die Musik ist äußerst dürftig und lediglich auf Gassenhauer zugeschnitten. Dagegen stand die literarisch aufgeführte Operette „Der Vetter aus Dingsda" mit ihrem Melodienreichtum auf wirklich künstlerischer Grundlage. Der Inhalt bringt notwendigerweise auch keine erhebenden Gesichtspunkte, hier ist alles auf hinterwitzigen Witz zugeschnitten, der allerdings auch den gewünschten Erfolg erzielt. Heinrich Pröpke hat sich zum Millionär „geschoben" und will sich einen Adelsitel erschleichen. Seinem Sohn verbietet er die Ehe mit einer Kabarettsängerin und dem ewig geldhungrigen Filmdichter-Hessen verweigert er jede Unterstützung. So hat er sich heimliche Feinde geschaffen. Durch Zufall gelangt ihnen ein altes Kriegsbrieflein Pröpkes in die Hände, wonach dieser — noch im armen Stande — einer Geliebten verspricht, ihr alles Vermögen, das er über 30 000 M im Leben besitzen würde, geben wolle. Die Sängerin tritt als Tochter der einstmals Geliebten auf und schließlich kommt man mit vielen Verwechslungen zum gewünschten Ziel. Allerdings wird Pröpke dadurch nicht adlig, denn er hat die Exzellenz, in der er den verkleideten Vetter zur unrechten Zeit verspürt, hinausgeworfen. — Die Darstellung war eine gelungene, das Publikum wurde zeitweise gänzlich mitgerissen, die Schlager zogen. Das Hauptverdienst des Abends gebührt ohne Zweifel Karl Schmann-Rothe als Heinrich Pröpke. Es war eine ausgelassene schmierige Schieberfigur, wie sie der Schwankliteratur verlangt. Seine äußerst bewegliche Mimik und vollendetes Spielverschafften ihm den gebührenden Beifall. Die Trägerin der Titelrolle (Eva Henckel-Dechant) fand eine temperamentvolle Wiedergabe. Gesanglich sagen ihr die paar Lieder gut, die sie mit ihren Partnern sang. „Süße Frau" und „Jedes Mädchen möchte gern" verdienen genannt zu werden. Als Filmdichter und geldhungriger Verwandtschaftsfinder zeigte sich Direktor Dechant. Es ist bedauerlich, daß er seine mimische Kunst vollends in den Dienst des Schwankes stellen muß. In ernsteren Rollen (Pastor in „Dorf ohne Glocke" usw.) gefällt er uns noch besser. Die Darstellung der Titelrolle Pröpke hätte noch überzeugender sein können, wie sie Grete Ertel zeigte, denn im gestrigen Spiel zeigte sie zu wenig von Emporkömmling. Zu erwähnen sind ferner noch die Rollen des Fritz Pröpke (Eugen Frey), Lolo (Gläre Glaß), Baron von Rohrbach (Otto Fuchs), Exzellenz von Rabenburg (Willy Herzel), des vorzüglichen Ferdinand Kleinmüller, eine Glanzleistung im Kleinen von Carl Reich und der Diener (Franz Schmidt). Die Kulissen unseres Tivoli-Theaters werden aber immer altersschwacher, schon scheint man nur noch ein Zimmer herrichten zu können. Der Vorhang kreischte, er wollte scheinbar seinem Vergnügen auch Ausdruck geben und der Kastengeist spielte zeitweise mit. Nun die beiden letzteren Fehler lassen sich leicht abstellen. Das Haus wies guten Besuch auf. —m.

*

Wetterwarte.

V. W. am 5. 11. (Sonnabend): Ziemlich trübe, kühl, Niederschläge (Regen und Schnee). — 6. 11. (Sonntag): Wechselnde Bewölkung, etwas kälter, zeitweise Regen oder Schnee.

Wie wird das Wetter am Sonntag sein?

Der letzte Herbstmonat hat begonnen, der November. Sein Ruf ist kein guter. Kühl gewöhnlich bringt er viel Nebel, Regen und Schnee abwechselnd, er zeigt meist ein sehr finsteres Gesicht, bald wird es hell, früh am Nachmittag wieder dunkel und häufig muß fast den ganzen Tag Licht gebrannt werden. Er ist also auch wegen der hohen Lichtrechnungen gefürchtet. In diesem in der Witterung einzig bestehenden Jahre wäre es ja wohl gar nicht so unmöglich, daß sich auch der November von einer viel vorteilhafteren Seite zeigte. Wir wollen's jedenfalls recht sehr wünschen! Die abgelaufene Woche (26. Oktober bis 1. November) war kühl. Mittel 8 Uhr vorm. aus den Beobachtungen aller deutschen Stationen war 7,1 Gr. Cels. Die Tagesmittel waren nicht sehr schwankend, sie waren 6,8 bezw. 6,6; 7,9; 9,5; 6,7; 5,7; 6,8 Gr. Cels. Die niedrigste Temperatur war 2 Gr. Kälte, die höchste + 14 Gr. Cels. Die Gesamtniederschlagsmenge aller deutschen Stationen betrug 219 Millimeter, war also nicht groß. Nebel kam verhältnismäßig selten, starker Wind infolge starker Druckunterschiede häufiger zur Beobachtung. — Am 1. November lag ein Minimum von 723 Millimeter über Mittelfskandinavien, dem ein Hoch von 772 Millimeter über SO.-Frankreich und südlich der Karpaten gegenüberlag, also eine Differenz von 49 Millimeter (!!). — Aber Moskauer Kälte ist der Winter eingekehrt mit Frost (Haparsuda gestern 12 Grad Kälte, heute 6 Grad) und Schnee. Wenn einmal die Rückseite einer Störung ernstlicher bei uns zur Entwicklung gelangen sollte, haben wir den Winter. Meist folgte aber schnell eine Störung der anderen nach und so bleibt das Wetter unbeständig. Wir erwarten für den Sonntag eine etwas kältere Temperatur als am Sonnabend, dabei wolkiges, heiteres aufhellerndes, windiges Wetter mit etwas Niederschlägen. Der Westen wird jedoch ohne besondere Niederschläge bleiben.

§ Frankleben, 4. Nov. Ein großes Sinfonie- und Salontonkonzert findet am Dienstag nächster Woche abends im Gasthaus „Zum Bahnhof" hier statt. Das Nähere ist im Anzeigenteil der heutigen Zeitung bekannt gegeben.

§ Lauchstedt, 4. Nov. Die letzte Stadtverordnetensitzung setzte die Schulbeiträge für alle schulpflichtigen Schüler und Schülerinnen folgendermaßen fest: Für Gewerbetreibende nach Gewerbesteuerklasse IV auf 50 M, nach Klasse III auf 55 M, nach Klasse II auf 65 M und nach Klasse I auf 60 M. Diese Einnahmen sollen die durch den Schulbetrieb entstehenden Unkosten mit decken helfen; denn bei einer Ausgabe von 4000 M stehen dem nur 2400 M Schulgeld und 1400 M Staatsbeihilfe gegenüber.

§ Dürrenberg, 4. Nov. Freveleien haben in der Zeit vom 14. bis 19. Oktober an der Provinzialstraße Leipzig—Merseburg in Flur Kaiern an 8 jungen Kirschbäumen die Kronen abgebrochen. Das Landesbauamt Weißenfels hat eine Belohnung von 200 M für die Ermittelung der Täter ausgesetzt. Hoffentlich gelingt es, die Baumfrevler ihrer gerechten Bestrafung zuzuführen, damit sie in Zukunft derartige Roheiten unterlassen.

§ Großgräbern, 4. Nov. Die im Kirchspiel Großgräbern vereinigten Gemeinden Großgräbern, Kleingräbern und Nippach weihten letzten Sonntag das neue Kriegerdenkmal ein. Der Entwurf bes aus edlem bayerischen Kalkstein gebildeten Werkes stammt vom Regierungsbaumeister Roediger in Halle und wurde vom Steinmetzmeister Weidner in Großgräbern ausgeführt. Die Kosten wurden durch freiwillige Spenden der Gemeinden aufgebracht. Die Einweihungsfeier nahm einen würdigen Verlauf. Die Weiherede hielt Pastor Staude. Nach der Übergabe durch den Kirchenältesten erfolgte die Kranzniederlegung der versammelten Vereine.

§ Lützen, 4. Nov. Die Gesamtumsatz der Stadtsparkasse im Monat Oktober betrug 10 806 602,71 M gegen 7 863 915,13 M (bes Vorjahres), wovon 1 418 568,98 M auf Spareinlagen und 4 057 901,93 M auf Scheckverkehr entfallen. — Telegraphen-Bautruppführer Rabold hierselbst ist zum Telegraphen-Betriebsassistenten befördert worden.

§ Schkeuditz, 4. Nov. In der Nacht vom Montag zum Dienstag ist in einem Gehöft der oberen Bahnhofstraße mittels Nachschlüssels in den Stall eingebrochen und die vorhandenen vier Gänse an Ort und Stelle abgeschlachtet worden. Die Diebe sind mit der Beute unbemerkt entkommen. — Aus einem Gehöft der Mühlstraße wurden in der Nacht zum Mittwoch eine Anzahl Federvieh und Kaninchen gestohlen. — Zum Wochenmarkt am Mittwoch war ein mittlerer Antrieb von Ferkeln vorhanden. Die Verkaufspreise bewegten sich zwischen 140 bis 170 M. — Infolge Ausbruchs eines Feuers in Hänichen am Mittwoch früh in der 9. Stunde wurde auch die hiesige freiwillige Feuerwehr durch das öffentliche Feuersignal alarmiert. Die Flammen stand der Kuhstall im Gehöft des Gutsbesitzers Jakob bortselbst. Die Löscharbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch.

ck. Ermlitz, 4. Nov. Bei der am 2. November abgehaltenen Holzjagd des hiesigen Rittergutes wurden von 14 Jägern 44 Hasen, 8 Kaninchen und 12 Fasanenhähne zur Strecke gebracht. Drei Schützen hatten außerdem das Glück, je eine Schnepfe zu erlegen. Nach Hasen war wegen der Kirmesfeiern rege Nachfrage. Auf Rehe wurde nicht geschossen; der Bestand ist gut.

Zweckverband Leuna.

Am Dienstag den 1. November 1921 fand in der Gastwirtschaft von Schröter in Daspig eine Sitzung des Zweckverbandes Leuna mit vorangehender Gemeindevertreter-Sitzung der fünf beteiligten Gemeinden statt.

Der Vorsitzende Cornely berichtete über den Haushaltsplan des Zweckverbandes Leuna für das Rechnungsjahr 1921. Er wies darauf hin, daß bei der Kritik des Haushaltsplanes man sich stets vielmehr zurückgesetzt sich verschlechternde Währung und die Erzbergersche Steuer-Reform vor Augen halten müsse. Letztere insbesondere habe zu unerhörten Zuständen geführt. So besitze der Zweckverband jetzt noch nicht den Anteil an der Reichseinkommensteuer für 1920, abgesehen von einer kleinen Abschlagszahlung, was das Finanzamt in Merseburg zu verantworten habe. Es sei jetzt noch nicht die Gewerbesteuerveranlagung des Ammoniakwerkes Merseburg für das Jahr 1920 vorgenommen, wofür die Verantwortung das Landesfinanzamt in Magdeburg treffe. Wiederholte Vorstellungen bei beiden Behörden hätten zu keinem Ergebnis geführt. Er besagte sich dann mit dem neuen Haushaltsplan, in dem die Summe aller Einnahmen und Ausgaben auf 2 400 000 Mark gleichgestellt ist. Es werden benötigt an Grund- und Gebäudesteuern 1200 Prozent, an Gewerbesteuern 1500 Prozent, an Betriebssteuern 1500 Prozent. Die Gemeinden bewilligten einstimmig in ihren einzelnen Gemeindevertretungen die geforderten Hundertsätze. Sie verdoppelten den Satz der Lustbarkeitssteuerordnung, worauf dann der Ausschuß des Zweckverbandes den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 feststellte. Außerdem wurde auf Grund der Novelle zum Kommunalabgabengesetz eine Verwaltungsgebühren-Ordnung erlassen.

Mücheln und Umgegend.

4. November.

* **Mücheln**, 4. Nov. Der letzten Stadtverordnetensitzung lag der Rechnungsabschluß der Stadtsparkasse für das Jahr 1920 vor, woraus hervorgeht, daß die Stadtsparkasse außerordentlich günstig gewirtschaftet hat. Die Ausgaben belaufen sich nämlich auf 517 583,65 Mark, die Einnahmen dagegen auf 606 591,90 M, so daß sich ein Überschuß von 89 008,25 M ergibt, wovon allerdings der Stadtkasse 30 000 Mark zurückerstattet werden müssen, da der der Stadt zustehende Anteil an der Reichseinkommensteuer für 1920, der in Höhe von 70 000 Mark der Stadt berechnet und bereits gezahlt sei, nach einer neuen Berechnung nur 40 000 M betrage.

* **Merseburt**, 2. Nov. Der Sohn des Bäckermeisters Wendt in der Merseburger Straße hierselbst bestand die Prüfung als Regierungsobersekretär. — Die Bahnhofssperre wird demnächst auch auf Station Querfurt eingeführt. Das Schaffnerhäuschen ist bereits auf dem Bahnsteig aufgestellt, so daß nur noch die Errichtung des Spaliers auszuführen ist.

* **Querfurt**, 4. Nov. Der seit einigen Jahren als Rentier hier lebende frühere Gutsbesitzer Rothe aus Kuckenburg erlitt gestern abend ½8 Uhr auf dem Bahnhof Ohbaufen plötzlich einen Herzschlag und verschied. In Querfurt nahm Rentier Rothe regen Anteil am kommunalen Leben. Als Vorsitzender der Wohnungskommission suchte er noch besten Kräften dem herrschenden Wohnungsmangel abzuhelfen. — Seit früh 3 Uhr versuchten zwei Einbrecher in das Weiß- und Wollwarengeschäft von Karl Kaltenborn am Leberberg einzudringen. Der Besitzer wurde aber durch ein Geräusch aufmerksam und schaltete von dem hinter dem Laden liegenden Schlafzimmer das Licht ein. Dadurch wurden die Einbrecher verscheucht. Eine Stunde später waren die Burschen schon wieder an der Arbeit. Sie hatten schon einen Teil des Schaufenstergitters herausgenommen, wurden aber von dem Besitzer abermals gestört. Diesmal konnten sie noch auf der Flucht beobachtet werden. Nach Angabe des Herrn Kaltenborn sind es Burschen im Alter von 18 bis 22 Jahren. Einer von ihnen war mit grauem Hut und braunen Anzug, der andere mit Militärrock und grauer Hose bekleidet.

* **Neumark**, 4. Nov. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten veranstaltet am kommenden Sonntag vormittags in Schumanns Lokal hier eine öffentliche Versammlung für Bergbauangestellte, in der Ingenieur Frommholz-Berlin über den „Reichsverband deutscher Bergbauangestellter" spricht. Näheres siehe im Anzeigenteil der heutigen Zeitung.

Turnen — Spiel — Sport.

Spielvereinigung 1919 Neumark.

Die Spielvereinigung 1919 in Neumark stellt am kommenden Sonntag den 6. November hier Herrenmannschaften und zwei Jugendmannschaften ins Feld, welche teils Verbandsspiele, teils Gesellschaftsspiele austragen. Die einzelnen Mannschaften haben die folgenden Gegner: Die 1. Elf trägt ein Gesellschaftsspiel gegen die Ligaersatzmannschaft von Favorit-Halle aus, Spielbeginn nachmittags 3 Uhr; die II. Elf fährt nach Rauchstedt und ist dort vorm. 1/10 Uhr beim VfB.-Rauchstedt zu Gaste und spielt gegen dessen I. Mannschaft; die III. Elf trifft sich im Verbandsspiel in Neumark ½2 Uhr mit der IV. Mannschaft von Preußen-Merseburg; die IV. Elf hat die IV. Mannschaft vom Sportring Mücheln um 12 Uhr in Neumark als Gast; die I. Jugend spielt gegen diejenige vom VfB.-Körbisdorf vorm. 9,30 Uhr im Verbandsspiel; die II. Jugend spielt gegen die gleiche Jugendmannschaft von Ammendorf vorm. 10 Uhr ebenfalls in Neumark.

Zur Spielplatzweihe des Sportvereins 99 am nächsten Sonntag spielt

Fortuna-Leipzig (Liga)

in bester Aufstellung das „Einweihungsspiel". Am Vormittag u. a. **V. f. B.-Leipzig** (Alte Herren) mit mehreren alten Repräsentativen.

Vermischte Nachrichten

* **Die amerikanischen Matrosen und das Alkoholverbot.** Die amerikanischen Matrosen wollen ihren Grog um jeden Preis und sind darauf gekommen, die auf den Schiffen befindlichen Kompaßbussolen abzumontieren und den darin enthaltenen Alkohol zu vertilgen. Auf den Torpedobooten machen sie es gerade so mit gewissen mechanischen Teilen der Torpedos. Um dem Unfug zu steuern, hat die amerikanische Marineverwaltung jetzt die Denaturierung des zur Verwendung kommenden Alkohols anordnen müssen.

* **Juwelendiebstahl beim früheren russischen Ackerbauminister.** Um bares Geld und den Familienschmuck im Werte von 400 000 M bestohlen wurde der frühere russische Ackerbauminister Krivoschein, der mit seiner Gattin in Berlin in einem Pensionat am Kurfürstendamm wohnt. Der Minister selbst befindet sich zurzeit in einem Sanatorium. Als Frau Krivoschein von einem Ausgang zurückkehrte, entdeckte sie, daß aus ihrem größeren Koffer, der im Zimmer stand, ein kleinerer, ein braunlederner Handkoffer gestohlen worden war. Dieser Koffer enthielt 15 100 französische Franks und den Familienschmuck, u. a. eine Perlenkette, die aus mehreren hundert ungleichen Perlen zusammen-Mark wert.

* **Graf Lerchenfeld und die Presse.** Der bayerische Ministerpräsident, der unmittelbar nach seinem Amtsantritt die Vertreter der Presse zu persönlichen Bekanntschaft eingeladen hatte, hat insofern eine Neuerung im Verkehr zwischen Staatsregierung und Redaktionen eingeführt, als er selbst einen Antrittsbesuch an den Kollegen gemacht hat. (Zur entsprechenden Nachahmung für diese andere!)

* **Der Brillanschmuck einer Sängerin gestohlen.** Die Sängerin Charlotte Wander kam dieser Tage nach Berlin, um sich weiter auszubilden. Am 22. d. Mts. besuchte sie die Staatsoper. Am Schalter der Oper entdeckte sie, daß ihr die Handtasche geöffnet und daraus ein kleines, braunes Lederetui mit Halsschmuck im Werte von 600 000 M gestohlen war.

* **Raubmord an einem Geldbriefträger.** Nach der „Dortmunder Zeitung" wurde im benachbarten Brackel der Geldbriefträger Redicker auf der Straße von dem Postamt durch mehrere Schüsse schwer verletzt und ihm ein Geldbetrag von 15 000 M geraubt. An den Schußverletzungen ist Redicker gleich nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus gestorben. Der Täter ist unerkannt entkommen.

* **Von den Franzosen in den Tod getrieben.** Nach einer Meldung der „Kreff. Ztg." aus Neustadt an der Hardt hat dort der Rentner Karl Mohr, von der französischen Besatzung zur Verzweiflung getrieben, eine Stunde nachdem ihm die Besatzungsbehörde offiziell mitgeteilt hatte, daß er bis nachmittags 4 Uhr sein Haus räumen müsse, um einem französischen Offizier Platz zu machen, Selbstmord durch Öffnen des Gashahnes in der Badestube verübt.

* **Von einem Schwein getötet.** In dem Dorfe Jamagne bei Charleroi ereignete sich folgender barbarischer Vorfall: Ein Bauer hatte einen Jungen beim Obstestehlen ertappt und bearbeitete ihn bedrohen einige Stunden in den Schweinestall. Trotz der Hilferufe des Jungen blieb er ungerührt. Als der Bauer erst nach einigen Stunden nachsah, war der Junge zerrissen und das Schwein im Begriff, die Leiche aufzufressen.

Todesopfer der Berge.

Salzburg, 4. Nov. Der am 23. Oktober nachmittags nahezu gleichzeitig über die Alpenländer hereingebrochene Schneesturm hat wieder mehrere Opfer gefordert. Verlockt durch das vormittags noch milde, ruhige Wetter am letzten Sonntag der diesjährigen Saison, versäumten sie, trotz drohender Sturmzeichen auf die heuer schon so oft gegen alle Regeln eingetretene Wetterbestehigung vertrauend, die Deckung ihres Rückzuges. Es erfror auf dem Hohen Göll der Glaser Georg Neuhauser, im Kaisergebirge der Wagner Fritz Pontalski. Vermißt werden seit dem Wettersturz der Buchbinder Rudolf Lang aus Berchtesgaden, der Gefährte des Neubauer am Hohen Göll, und die Beamten Karl Schwarz und Karl Winter aus Wien. Die beiden letztgenannten sind seit einer Besteigung des Kleinen Buchsteins im Gebäude, auf dessen Südwand vor kurzem der Tourist Josef Ritzhofer zu Tode stürzte.

Eröffnung des Hafens Aschaffenburg am Großschiffahrtsweg Donau—Main.

Aschaffenburg, 4. Nov. (WTB.) Gestern wurde der neue Hafen von Aschaffenburg in feierlicher Weise eröffnet. Die Feier gestaltete sich zu einem Bekenntnis der Zusammengehörigkeit von Reich und Staaten und zu einer Abweisung des Versuches, die Mainlinie wieder als Trennungslinie von Nord und Süd herzustellen. An der Feier nahmen u. a. teil: Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, hessischer Staatspräsident Ulrich, die bayerischen Minister Dr. Krausneck, Oswald und Schweyer, der Präsident des hessischen Landtages Abelung, der Bizepräsident des preußischen Landtages Porsch, ferner eine große Anzahl Abgeordneter industrieller und Schiffahrtsinteressenten. Nach einer Begrüßungsansprache des Hafen begrüßte Staatssekretär Krug namens des Reichsverkehrsministers die Gäste und erklärte, daß Aschaffenburg der Ausgangspunkt des Donau—Main-Großschiffahrtsweges sei. Niemals dürfe der Main wieder die Trennungslinie zwischen Nord und Süd bleiben, vielmehr müsse er ein verbindendes Glied zu weiterer Erstarkung des Reichsleibes sein. Ministerpräsident Lerchenfeld sagte, das große Kulturwerk nun gelestet werden könnten, wenn neben dem Willen zur Tat Einsicht herrsche. Der Großschiffahrtsweg müsse das Ziel in der Verbindung mit der Donau sehen. Dabei müßten die Interessen der anderen süddeutschen Länder, besonders die Forderungen der oberen Donau Beachtung finden.

Mit Gold belegte Butterstullen. — Leere Eier mit Edelsteinen.

Königsberg, 4. Nov. Bei der polnischen Zollrevision des D-Zuges Eydtkuhnen—Berlin in Konitz wurden bei einem Händler Brillanten und Goldgeld im Gesamtwerte von 19 Millionen Mark entdeckt. Der Händler hatte, wie die „Elbinger Ztg." berichtet, Goldstücke auf Stullen als Belag gelegt und mit Butter bestrichen. Edelsteine wurden in ausgeblasenen Eiern verborgen.

Erweiterter Dampferdienst Bremen—Brasilien.

Bremen, 4. Nov. Der Norddeutsche Lloyd hat beschlossen, den Frachtdampferdienst Bremen—Brasilien, den er seit September 1920 mit zwei eigenen Dampfern betreibt, durch Einstellung seines auf der Stettiner Vulkanwerft neu erbauten Dampfers „Minden" zu erweitern, so daß auf dieser Linie künftig jeden Monat ein Dampfer abgelassen wird. Dampfer „Minden" wird zum ersten Male am 14. Dezember von Bremen nach Rio de Janeiro und Santos expediert. Er ist auch zur Beförderung einer kleinen Anzahl Passagiere eingerichtet.

Drei Begnadigungen.

Der „L.-A." meldet aus Essen: Die wegen Mordes dreimal zum Tode verurteilten Gebrüder Fleischer sind zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden, ebenso der Bergmann August Wicki aus Hüls, der im Mai d. J. wegen Ermordung seiner Ehefrau zum Tode verurteilt worden war.

Die Granate im Altesen.

Stuttgart, 4. Nov. Auf dem Lagerplatz einer Altwarenhandlung in Cannstadt explodierte gestern mittag eine Granate, die sich in einer großen Anzahl von den Kriegsjahren erworbenen Ausbläsern und Blindgängern befunden hat. Offenbar haben Arbeiter die freie Zeit benutzen wollen, die Kupferführungsringe und Messingzünder an sich zu nehmen.

Gefangenenrevolte in Indien.

London, 4. Nov. Aus Lahore (Indien) wird gemeldet, daß am 30. Oktober die Sträflinge des dortigen Gefängnisses versuchten, auszubrechen. Durch das Feuer der Wachen wurden drei von ihnen getötet und 31 verwundet. Ein Sträfling ist entkommen.

Abbruch der Potsdamer Luftschiffhalle.

Gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages ist jetzt der Abbau der großen Potsdamer Luftschiffhalle begonnen worden. Das Dach ist bereits abgehoben. Bis zum 1. April müssen die Abrißarbeiten beendet sein.

Totschlag durch französische Soldaten.

Saarbrücken, 4. Nov. Am Freitag abend entstand zwischen Zivilisten und französischen Militär in einer Wirtschaft an der Eke Mainzer- und Bleichstraße ein Streit, der sich, nachdem die Streitenden das Lokal verlassen hatten, auf der Straße fortsetzte und in schwere Tätlichkeiten ausartete. Der Buchhalter Jonnewein wurde von den Soldaten zu Boden geschlagen und durch Stiche am Kopf so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung im Krankenhaus starb. Die Soldaten sind festgenommen worden, die Untersuchung ist eingeleitet.

Zwei Flugzeuge abgestürzt.

Rom, 4. Nov. Bei Tolmino stürzten aus noch unbekannten Gründen fast gleichzeitig zwei aus Turin nach Berlin über Warschau und Moskau bestimmte Flugzeuge ab. Die Insassen des einen Apparates wurden vollständig zerschmettert.

Pocken auf einem Überseedampfer.

Kopenhagen, 4. Nov. An Bord des hier aus Italien und Kairo eingetroffenen Dampfers Manjuria wurden Pockenfälle festgestellt und deshalb die Besatzung sofort isoliert.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Wöhner; für Provinz, lokales usw. Philipp Schmitz; für Handels- und Verkehrsteil Franz Gamm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ahrens, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Stübner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211104-17/fragment/page=0003

Rheingold

Tel. 202. Inh. Hugo Richter. Tel. 202.

Im Café sowie Diele täglich

KONZERT

Im Speiserestaurant gute Speisen und Getränke.
— — Vereinszimmer noch frei. — —

Spergau

Gasthof „Zur Linde".

Montag, den 7. November 1921,

Kirmes.

wozu freundlichst einladet Karl Sieler.

Wallendorf.

Sonntag, den 6. November 1921,

Kirmes.

Von nachmittags 3 Uhr an **Ball.**

Hierzu ladet freundlichst ein R. Hiemisch.

Gasthof Frankleben

Am Sonntag, den 6., und Montag, den 7. November ladet zum

Kirmes-Ball

freundlichst ein Albert Sache.

Geusa

P. Köhler

Am Sonntag, den 6., und Montag, den 7. Nov.,

Kirmes.

Es ladet frdl. ein P. Köhler.

Für Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Bergschenke.

Zur Kirmes am Sonntag, den 6., und Montag, den 7. November, von 7 Uhr ab

Ballmusik,

wozu freundlichst einladet F. Ohme.

Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Oeffentliche Bergbauangestellten-Versammlung

am Sonntag, den 6. November, in Neumark, vorm. 9 Uhr in Schumanns Lokal.

Ingenieur Fromholz - Berlin

spricht über das Thema:

Wer ist der Reichsverband Deutscher Bergbauangestellter?

Freie Aussprache! Freie Aussprache!

Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsgruppe Gesseltal.

141. Bildungsabend.

Sonntag, den 6. November, abends 8 Uhr im Schloßgartensalon

& Märchen-Abend. &

Deutschlands beste Märchenerzählerin **Lisa Tetzner** erzählt Märchen.

Eintrittskarten zu 3.— Mk. und 2.— Mk. im „Herzog Christian".

Nachmittags 4 Uhr im Schloßgartensalon für die Kinder. — Eintritt 1 Mk.

Die Leitung der Bildungsabende.

Das altberühmte

Köstritzer Schwarzbier

aus der Fürstlichen Brauerei Köstritz, hergestellt aus feinstem Hopfen, Malz und eisenhaltigem Wasser, dient

Den Gesunden zur Labung!
Den Kranken zur Heilung!
Den Schwachen zur Kräftigung!
Trägt Euren Arzt, ein jeder kennt es.

Hoher Malzgehalt. Wenig Alkohol. Bester Haustrunk. Wohlbekömmliches Kneipbier. Verlangen Sie echtes Köstritzer bei Ihrem Kaufmann.

Nicht zu vergleichen mit den obergärigen, künstlich versüßten Malz- und ähnlichen Bieren. Wir verwenden weder Zucker oder dergleichen, noch Reis oder Mais.

1 Flasche Mk. 2.10.

Zu haben bei: Carl Schmidt, Unter-Altenburg 16; Bernh. Oelzschner, Obere Burgstraße 9.

Vereinigte V.T. Theater.

Kammer-Lichtspiele Kleine Ritterstrasse — Nr. 3. — Telephon 529. — **Modernes Theater** Grosse Ritterstrasse — Nr. 1. —

Programme von Freitag bis Montag.

Der zweite große Amerikaner ist da!

Mit Büchse u. Lasso.

1. Episode:

Heisser Boden.

Gewaltiger Wild-West-Film in 6 Episoden und 34 Akten. Das Wuchtigste, was bisher gezeigt wurde. Dieses Werk wird alle Erwartungen übertreffen.

Kloster Wendhusen

Prächtiges Filmspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von W. Heimburg.

Nobody 6. Teil!

— Die Dame in Trauer. —

Der Schrecken der Wildnis.

Original-Amerikanisches Wild-West-Drama in 3 Akten mit der berühmten Miß Cottya Williams, Tierbändigerin.

Spannende atemraubende Akte aus dem Leben im Urwald.

Der Roman der Christine von Herre!

6 Akte von Dr. Ludwig Berger. In den Hauptrollen: Agnes Straub, Lilka Grüning, Paul Hartmann.

Anfang 5 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

In den Kammer-Lichtspielen von nachmittags 3 Uhr an **große Jugend-Vorstellung.**

Schnellste Reparaturen an Uhren und Goldwaren

J. Nemstschenko, Uhrmacher, Geschäftshaus Dobkowitz, 3 Tr.

Arbeiter-Sängerchor

Am 5. und 6. November findet unser diesjähriges

Stiftungsfest

in der „Funkenburg" statt.

Sonnabend 7½ Uhr: Instrumental- und Gesangskonzert unter Mitwirkung der Frauenchöre Kötzschen-Benna und Halle.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Ball und Preiskegeln.

Hierzu ladet ein D. V.

Radf.-Club „Alemania".

Sonntag, den 6. November 21, von nachm. 3 Uhr an

Großer Ball

im „Gasthaus zu Meuschau" (Lippert).

Flotte Musik. Flotte Musik.

Sportfreunde und Gäste des Vereins sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

Die beliebten

Wandfahrpläne Taschenfahrpläne

zu haben

Buchdruckerei Th. Rössner,

Merseburg.

Turn- u. Sportverein Neu-Rössen E. V.

Gegründet 1919.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu dem am Sonnabend, den 5. Nov. 1921, abends 8 Uhr in Leuna, Gasthaus zum heiteren Blick, stattfindenden

:: Herbstball ::

ein und bitten um zahlreiches Erscheinen. — Schulpflichtige haben keinen Zutritt. Der Vorstand.

Frisch eingetroffen:

Hasen, auch zerlegt, **Fasanen, Rebhühner**

Emil Wolff, Roßmarkt

Empfehle:

Rindfleisch Pfd. 11-12 M. mit Knochen.
Hammelfleisch Pfd. 12 M.
Kalbfleisch Pfd. 13-14 M.
Schweinefleisch . . . .
ff. frische Wurst. . . .

P. Wiehe, Fleischermeister. Obere Burgstraße 1.

Rindfleisch Hammelfleisch Schweinefleisch Kalbfleisch

empfiehlt zu billigsten Preisen

Wiemann,

Nulandstr. 8. Nulandstr. 8.

Ia. Wirsing, Weiß- u. Rotkohl, Speise- und Futter-Möhren

Gemüsebau Aschmühle.

Max Plaut

Leder-Handlung

Kl. Ritterstr. 12.

Sohlleder, Oberleder-Ausschnitt, Schäfte, Schuhmacherbedarfsartikel, Dreifüße, Arbeitsständer, Gamaschen, Hosenträger, Holzpantoffel.

Spezialarzt Dr. med. Dammann's Heilanstalt Berlin 131, Potsdamerstraße 123 B. Sprechstunden 9—12, 3—6, Sonntags 10—12. Langjährig bewährtes Heilverfahren gegen alle Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Harnröhrenleiden in frischen und alten Fällen, nässende Schwäche, Weißfluß. Unschädliche Kuren, keine Berufsstörung. Belehrende Broschüre mit zahlreichen Dankschreiben kostenlos ohne jede Verpflichtung gegen Doppelbriefporto in verschlossenem Kuvert ohne Aufdruck. Leiden genau angeben.

Schweissechte

Gummi-Hosenträger

in den Preislagen M. 32.50 21.00 19.50

Sockenhalter M. 16.50 10.00 7.50

Lodenhaus Franz Hildebrandt

Merseburg, Kleine Ritterstraße 13.

Sonnabend

Schlachtefest!

Früh 9 Uhr Wellfleisch, Gehacktes und frische Bratwurst, nachmittags frische Rot- u. Leberwurst, Wurstsuppe empfiehlt

G. Fiebler Neumarkt 45

Stadttheater Halle.

Freitag, den 4. November **Meine Frau - das Fräulein** Anf. 7½ Uhr. Ende n. 10 Uhr

Sonnabend keine öffentl. Vorstellung.

Sonntag, nachm. 3 Uhr **Im weißen Rößl.** abends 7½ Uhr **Meine Frau - das Fräulein**

Montag **Figaros Hochzeit.**

B.-C. Preußen E. V. Gegründet 1901.

Sonnabend, den 5. Nov. 21, abends 8 Uhr

Monats-Versammlung im „Hohenzollern".

Zahlreiches Erscheinen erforderlich. Der Vorstand.

Freiwill. Feuerwehr.

2. Pionier-Komp.

Montag, d. 7. ds. Mts., abd. ½8 Uhr **Uebung u. Appell** im Gerätehause.

Der Brandmeister.

Verein ehem. 36er Merseburg.

Sonnabend, den 5. d. M., von 7 Uhr abends ab im Kaffeehaus zu Meuschau

Bunter Abend mit Tänzchen.

Zahlr. Erscheinen erwünscht. Gäste können eingeführt werden. Der Vorstand.

G.-V. Euterpia

Sonnabend, den 5. Nov.,

Familienabend

im Deutsch. Kaiser Schkopau.

Der Vergn.-Ausschuß.

Creypau.

Sonntag, den 6., und Montag, d. 7. 11., von nachmittag 3 Uhr an

Großer

Kirmes-Ball,

wozu freundlichst einladet O. Ihbe.

Lössen.

Zur Kirmes,

Sonntag, den 6. Novbr., u. Montag, den 7. Novbr., ladet freundlichst ein O. Wühlmann.

Kirchlicher Verein des Neumarkts.

Jahres-Versammlung

Dienstag, den 8. Novbr., abds. 8 Uhr im Merseburger Raben (Neumarkt 76).

1. Jahresbericht, Rechnungslegung, Vorstandswahl, Arbeitsplan.
2. Die Aufgabe der evangel. Kirche an unserem Volke. (Pastor Bott).

Gäste willkommen.

Der Vorstand

Landwirte

desinfizieret die Ställe zum Schutz gegen Seuchen und reinigt Euer Vieh von jeder

Läuseplage

in 1 Stunde u. Garantie mit „Kampolda" B. Radikalmittel geg. Kopf- Kleider- Filzläuse und Brut Nissen. Zu haben in der Ritter-Drogerie, Werner Mahlfeldt.

Kleinkunstbühne!

Neues Schützenhaus

Täglich das beliebte

November-Programm!!

Konzertanfang: ½8 Uhr. Beginn der Vorträge: ½9 Uhr.

Strandschlösschen.

Sonnabend, den 5. d. Mts., von abends 7 Uhr an

Ball.

Sonnabend von 7—11 Uhr und Sonntag von vorm. 10 Uhr an

Geldpreiskegeln.

1. Preis: 200 Mk. Der Wirt.

Vereinshaus V. f. L.

Krautstraße 14.

Sonntag, den 9. Nov., von nachmittags 4 Uhr an

Großer Ball.

Es ladet freundlichst ein F. Thon.

Hotel Kurhaus Bad Dürrenberg.

Inh. Karl Seelig

Sonntag, den 6. November

Grossstadt-Ball

Nur neueste Tänze. — Anfang 4 Uhr.

Jeden Donnerstag Reunion.

Achtung! Achtung!

Gasthaus Kötzschen.

Sonntag, den 6., und Montag, den 7. Nov.,

Kirmes,

von nachmittags 3 Uhr an

großer Kirmes-Ball,

wozu freundlichst einladet Emil Lindner.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Atzendorf.

Sonntag, den 6., und Montag, den 7. November,

Kirmes

von 3 Uhr an

Ballmusik!

Dazu ladet freundlichst ein Th. Burkhardt.

Gastwirtschaft zum Bahnhof Frankleben.

Am Sonntag, den 6., u. Montag, den 7. Novbr., von nachmittags 3 Uhr an

großer Kirmesball.

Dienstag, den 8. Novbr., von abds. 6½ Uhr an

großes Sinfonie- und Solisten-Konzert.

Leitung: Obermusikmeister Karl Steuer.

Nach dem Konzert: Ball.

Es laden freundlichst ein Der Wirt, Obermusikmstr. Karl Steuer. Franz Siebeck.

Bündorf.

Sonntag, den 6., und Montag, den 7. Novbr., von nachm. 3 Uhr an

Kirmes-Ball

b. vollbesetztem Orchester.

Es ladet freundlichst ein A. Conrad.

Knapendorf.

— — Sonntag, den 6, — — **Kirmes.**

und Montag, den 7. November,

:: An beiden Tagen ::

von nachm. 3 Uhr an **großer Ball**

bei vollbesetztem Orchester.

ff. Speisen und Getränke.

Es ladet freundlichst ein Oswald Brauer.

Burgstaden

Kirmes

Sonntag, den 6. und Montag, den 7. November, von nachmittags 3 Uhr an

Ball-Musik.

Es ladet freundlichst ein Richard Schiller.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211104-17/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 259. Freitag den 4. November 1921 48. Jahrg.

Das Siedlungswesen.

VIII. Die Durchführung des Siedlungsgesetzes.

Von Generalsekretär Richard Bay-Berlin.

Alle Anträge für die Anliegersiedlung sind an das Kulturamt zu richten. Dieses spielt die Rolle der Vermittelung. Der Vorsteher des Kulturamts prüft an Ort und Stelle die Wünsche der landbegehrenden Kleinbesitzer auf ihre wirtschaftliche und finanzielle Angemessenheit und Durchführbarkeit nach und stellt bei jedem einzelnen fest, wieviel Morgen ihm ohne Bedenken zugeteilt werden können. Sodann verhandelt er mit dem abgabepflichtigen Großgrundbesitzer über die Abtretung der benötigten Flächen. Kommt es zu keiner Einigung, dann ist die Tätigkeit des Kulturamtsvorstehers erschöpft. Er gibt die Akten weiter an den Landlieferungsverband und nun beginnt bei weiterer Verweigerung der Landabgabe das Enteignungsverfahren.

Die Anträge auf Neusiedlung gehören an das Gemeinnützige Siedlungsunternehmen der Provinz oder des Kreises, das alles weitere veranlaßt.

Wünschenswert ist bei der Anliegersiedlung, daß die Beteiligten einer Gemeinde geschlossen vorgehen, da einzelne Antragsteller doch warten müssen, bis alles gemeinsam geregelt wird. Die Kulturamtsvorsteher lassen daher durch den Gemeindevorsteher eine Aufforderung ergehen, daß sich alle Gemeindeglieder melden sollen, die Landzuteilung wünschen. Diesem Rufe muß jeder Landbewerber nachkommen. Ebenso muß jeder Landbewerber im Verhandlungstermin erscheinen.

Sind die Antragsteller mit den Festsetzungen des Kulturamtsvorstehers über die Größe der Ackernahrung, über die Zuteilung der Morgenzahl, oder über die Lage des zugewiesenen Landes nicht einverstanden, dann müssen sie im Protokoll das Erlassen eines mit Gründen versehenen Beschlusses beantragen. Gegen diesen Beschluß findet binnen zwei Wochen Beschwerde an die Spruchkammer des Landeskulturamtes statt. Gegen die Beschlüsse dieser Spruchkammer — soweit sie nicht endgültig sind — haben die Beteiligten binnen zwei Wochen die weitere Beschwerde an das Oberlandeskulturamt zu.

Bisher ist sehr wenig auf dem Gebiete der Siedlung geschehen. Dabei ist das Reichsgesetz seit August 1919 und das preußische Ausführungsgesetz dazu seit Dezember 1919 in Kraft. Woran liegt das? Die Grundlage der gesamten Siedlungstätigkeit stellen die Landlieferungsverbände dar. Sie sollen unmittelbar nach Erlaß des Siedlungsgesetzes ins Leben treten und mit der Aufteilung und Siedlung beginnen. Der preußische Landwirtschaftsminister sollte ein Normalstatut für die Landlieferungsverbände erlassen. Das hätte auf dem kürzesten Wege zum Ziele geführt. Doch die Rechte setzte es in der Landesversammlung durch, daß die Landlieferungsverbände sich ihre Satzungen selbständig geben. Das sieht harmlos aus. Doch ziehen die Verbände, in denen der Großgrundbesitz naturgemäß allein vertreten ist, alle Verhandlungen endlos in die Länge. Die Landlieferungsverbände hätten sich gemischt aus abgabepflichtigen Großgrundbesitzern und aus landbegehrenden Siedlern zusammensetzen müssen.

In einigen Landeskulturämtern Preußens, den früheren Generalkommissionen, herrscht ferner noch vollkommen das alte Beamtenium und mit ihm der alte Geist. Dieser alte Geist will nicht schnell und viel schaffen, sondern auf das penibelste prüfen, ob alles, was geschaffen wird, auch in jeder Hinsicht vollkommen einwandfrei ist. Gewiß hat dieser Geist preußischer Gewissenhaftigkeit seine Berechtigung, aber ein Zuviel dieses Geistes muß auf dem Gebiet des Siedlungswesens schließlich jede größere Tätigkeit lahmlegen. Eine übertriebene Ängstlichkeit und ein übermäßig behördlicher Gewissenhaftigkeit auf diesem Gebiet ist das Grab der Hoffnungen aller derer, die geglaubt haben, nun endlich werde auf dem Gebiet des Siedlungswesens etwas Großes geschehen. Wenn zu dieser übertriebenen Ängstlichkeit nun noch die von früher her gewohnte Langsamkeit bei der Bearbeitung der Sachen kommt, dann ist es vollends aus. Die Ruhe und Beschaulichkeit einer früheren Zeit hat heute keine Berechtigung mehr. Heute muß auf jedem Gebiet gearbeitet werden, damit wir wenigstens im Kommen, auch auf dem der Siedlung. Es sagt sich dabei recht gut hereinregnen, viel zu schaffen, aber auch gleichzeitig Ersprießliches zu leisten.

Auf diese Schwierigkeiten, die sich ergeben, hat leider das Reich keinen Einfluß. Das ist Angelegenheit der einzelnen Staaten. Auf die Dauer ist das kein erträglicher Zustand, daß das Reich auf diesen so wichtigen Gebieten nur Gesetzgebungsarbeit leisten kann, die Ausführung auf die ausführende Gewalt hat. Man wird endlich die Frage prüfen müssen, ob das ganze Gebiet des Siedlungswesens nicht auf das Reich übertragen werden soll, damit endlich ein energischer Schritt in dieser Frage entfaltet wird.

Auch in anderer Hinsicht zeigt sich eine Übertragung auf das Reich mehr und mehr notwendig. Heute sind bei der Ausführung der Siedlung beteiligt: vom Reich das Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium, von Preußen das Landwirtschaftsministerium, das Wohlfahrtsministerium und das Finanzministerium. Nirgends sind die Befugnisse fest umgrenzt. Das ist auch gar nicht zu machen. Es herrscht ein Durcheinander. Keine Behörde hat die volle Verantwortung für diese Frage, keine daher auch das volle Interesse. Die einzelnen Landesministerien müssen mit den verschiedensten Stellen arbeiten. Auch Kulturamt, Landesamt und Reichsämter arbeiten neben- und durcheinander. Hieraus folgt eine Erschwerung der ganzen Arbeit und eine starke Verlangsamung. Ganz anders würde es sein, wenn die Entscheidung in einer Hand vereinigt wäre, die allein die volle Verantwortung trüge, die ihr volles und ihr ganzes Interesse dieser Frage widmen könnte. Mit ganz anderem Fleiße als das jetzt

Das Wichtigste vom Tage.

Die englische Regierung hat auf das russische Anerbieten der Anerkennung der Vorkriegsschulden in einer sehr ausführlichen Note geantwortet, in der darauf hingewiesen wird, daß zwar die zaristischen Schulden, an denen Frankreich interessiert ist, erwähnt seien, nicht aber die Staats-, Kommunal- und Eisenbahnschulden, für die englisches Kapital investiert worden ist. Die Schnelligkeit, mit der England auf die Anregung der Sowjetregierung eingegangen ist, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß dort großer Wert auf die Wiederanknüpfung der Beziehungen gelegt wird.

*

Die deutschen Zeitungen der Tschecho-Slowakei haben infolge „der zurzeit herrschenden Verhältnisse und der Handhabung der Zensur“ sich genötigt gesehen, ihr Erscheinen vorläufig einzustellen. Offensichtlich hat der Widerstand der Deutschen gegen die Mobilmachung die tschecho-slowakische Regierung zu Maßnahmen veranlaßt, deren Bekanntwerden im Auslande sie mit allen Mitteln zu verhindern versucht.

*

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat einen Gesetzentwurf angekündigt, nach dem die pragmatische Sanktion, die die Thronfolgerrechte des österreichischen Hauses regelt, ihre Wirksamkeit verloren hat und das Recht der freien Königswahl wieder an die Nation zurückgefallen ist. Da in dem Entwurfe an der Staatsform des Königtums festgehalten wird, ist der Weg zur Thronbesteigung Horthys freigemacht, vorausgesetzt, daß der mystische Glanz, der in den Augen des Volkes den umstrahlt, dem einmal die Stefanskrone auf das Haupt gesetzt ist, nicht noch so stark ist, daß eine Königswahl vor einer offiziellen Abdankung Karls unmöglich ist.

*

In einer Sitzung der englischen Landwirtschaftskammer wurde über die große Einfuhr von deutschen Kartoffeln geklagt, die zwar aus Holland kämen, im Wirklichkeit aber deutsche Kartoffeln seien. Nachdem der Reichsernährungsminister auf eine kleine demokratische Anfrage erwidert hat, daß eine Ausfuhr von Kartoffeln in größerem Umfange nicht stattgefunden habe und unmöglich gemacht worden sei, ist es Pflicht der Regierung, der Wahrheit der englischen Behauptungen auf den Grund zu gehen.

*

Gegen die Auslieferung der in Berlin verhafteten Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato hat ihr Verteidiger, der Unabhängige Rechtsanwalt Rosenfeld, Widerspruch erhoben, da es sich um ein politisches Vergehen handele. Die allgemeine Empfindung und auch die in Juristenkreisen herrschende Ansicht lehnt sich dagegen auf, in einem Meuchelmorde, sei er auch aus politischen Gründen begangen, ein politisches Verbrechen im Sinne der Auslieferungsverträge zu sehen.

*

Auf die Antwortnote der Entente, die den deutschen Protest wegen Oberschlesien zurückweist, hat der Reichskanzler, wie wir hören, eine Antwort zu erteilen. Es ist selbstverständlich, daß eine Rechtsverwahrung nicht durch eine einseitige Erklärung des Adressaten beiseite geschoben werden kann.

---

der Fall ist, würde alsdann das große Werk der Siedlung gefördert werden können.

Die Bevölkerung muß überall klar sehen, was sie zur Förderung der Siedlung beitragen kann und was für Möglichkeiten vorhanden sind. Besonders notwendig ist eine geeignete Zusammensetzung der Parlamente, damit der exzeptionelle Druck dahinter kommt. Es handelt sich um das Durchführen einer der wichtigsten Gesetzesarbeiten, auf Jahrhunderte hinaus die landwirtschaftliche Gestaltung des deutschen Volkes und damit seiner ganzen Lebensverhältnisse im Sinne einer höheren Entwicklung bestimmt. Dazu muß jeder echt Deutschgesinnte nach Kräften mithelfen, der sein Volk und sein Vaterland von Herzen liebt.

Die Lage im Reiche.

Weiterberatung der Vermögenssteuervorlagen im Reichswirtschaftsrat.

In der Donnerstagsitzung des Reichswirtschaftsrates wurde zunächst beschlossen, die Besprechung der Entente-maßnahmen gegen die „Deutschen Werke“ auf die Tagesordnung der Freitagssitzung zu setzen. In der zweiten Lesung der Vermögenssteuervorlagen wurde ein Antrag Dr. Crüger (Genossenschaftsvertreter), daß selbstgezeichnete Kriegsanleihen von den Steuerbehörden in Anrechnung genommen werden sollen, angenommen. Den Arbeitnehmerzuschlägen zur Vermögensabgabe und Vermögenszuwachssteuer wurde zugestimmt. Bei der Abstimmung über die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit mit den Änderungen des Reichswirtschaftsrates wurde Hammelsprung notwendig. Er ergibt die Annahme der Vorlage mit 94 gegen 82 Stimmen. Die meisten Gewerkschaftsvertreter haben dagegen gestimmt.

Das Haus beschäftigte sich sodann mit der Entschließung der Verbrauchergruppe, die von der Reichsregierung schleunige Maßnahmen verlangt, um der sprunghaften Preissteigerung und insbesondere den ungerechtfertigten Preistreibereien und dem zunehmenden Verkauf an das Ausland entgegenzutreten.

Allgemeiner Deutscher Sparkassentag in Nürnberg.

Nürnberg, 3. Nov. Am zweiten Beratungstag stand das Referat des Bürgermeisters Dr. Oberle-Dresden, Vorsitzender des Sächsischen Sparkassenverbandes, über „Sparkassen und Banken“ im Vordergrund des Interesses. Er charakterisierte nach gründlicher Gegenüberstellung der beiden Institute die Sparkassen als öffentliche Treuhandstellen für alle Werte, die Banken dagegen als reine Geldhandelsgeschäfte. Hinsichtlich der Kriegsanleihen sprach sich der Redner sehr optimistisch aus. Er warnte die Sparkassen davor, Kriegsanleihe auf den Markt zu bringen, da doch einmal die Zeit kommen müsse, da der Staat sein Versprechen einlöse. Den Personalkredit der Sparkassen bezeichnete er als eine dringende Notwendigkeit, um den Zentralisationsbestrebungen der Banken ein Halt zu setzen. Zur Frage der Beschaffung billiger zweiter Hypotheken empfahl Regierungsrat Ott-Bunzlau in einem besonderen Referat, dem Hypothekenschutz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Bei der Frage „Sparkasse und öffentlicher Kredit“ erklärte der Präsident des deutschen Zentral-Giroverbandes, Geh. Regierungsrat Dr. Kleiner, die Sparkassen- und die Girozentralen seien bereit, in ähnlicher Weise, wie es es hinsichtlich der Kriegsanleihe während des Krieges getan haben, auch in Zukunft dem Reiche und dem Staate bei der Unterbringung innerer Anleihen behilflich zu sein.

Endlich forderte noch Direktor Bel von der städtischen Sparkasse in Köln uneingeschränkte Selbstverwaltung der öffentlichen Sparkassen mit gesetzlicher Verankerung der Verbände in Verbindung mit öffentlichen Treuhandinstituten, sowie eine engere Fühlungnahme mit allen Parlamenten und Regierungen. — Zum Schlusse des Sparkassentages wurde eine Entschließung angenommen, in der zur Wiederherstellung des Sparsinns aufgefordert wird.

Die neue Beamtenbesoldungsreform.

Über die Grundsätze, die zu der jetzigen Besoldungsreform geführt haben, wird uns von berufener Seite folgendes mitgeteilt:

1. Keine Änderung in der Einstufung der Beamten in den einzelnen Gruppen und im Besoldungsdienstalter.

2. Keine grundsätzliche Änderung der Zusammensetzung der Gehaltsbezüge (Grundgehalt, Ortszuschlag usw.), die nur in ein neues Verhältnis zueinander zu bringen waren.

Für die überaus große Dringlichkeit der Besoldungsreform sprach der Umstand, daß die Einzelverwaltungen mit Anträgen auf Vorschußzahlungen usw. namentlich aus dem besetzten Gebiet und den Industrierevieren buchstäblich überschwemmt wurden. Die Reform mußte sich insbesondere auf das Verhältnis der Gehälter der höheren zu denen der niederen Beamten erstrecken. Wie notwendig in diesem Punkt die Reform war, erhellt aus folgendem:

Bis jetzt bezog ein Beamter (verheiratet mit zwei Kindern von 6—14 Jahren, Endgehalt, Ortsklasse C) bei Abrechnen der Reichseinkommensteuer in den unteren Besoldungsgruppen bis 4 das 11- oder 10fache, in den gehobenen Besoldungsgruppen 5 und 6 aber nur das 8- und 7fache, in den mittleren Besoldungsgruppen 7 und 8 das 5fache, in den höheren Besoldungsgruppen 10 bis 13 das 4- oder 3fache seines Friedenseinkommens. Der bisherige Zustand war also ungerecht. Es lag die Gefahr nahe, daß die verantwortlichen Beamtenstellen zu einem Mangel für die Besitzenden Kreise werden würden, und er brachte ebenso die Gefahr der Abwanderung der tüchtigen mittleren und höheren Beamten in die Industrie mit sich. Die Neuordnung der Beamtengehälter hat hierin einen einigermaßen gerechten Ausgleich zu schaffen gesucht.

Bezüglich der

Ortszuschläge

ist die Erhöhung in den höheren Ortsklassen etwas größer als in den niedrigeren, doch ist die Spannung zwischen den Dienstbezügen in den einzelnen Ortsklassen nicht vergrößert, da statt des gestaffelten Teuerungszuschlages ein gleicher Zuschlag eintritt. Die Zuschüsse haben eine wirksame Erhöhung erfahren. 40, 50, 60 und 60 M betragen sie in Zukunft 150, 200 und 250 M. Der Zuschlag in Höhe von 20 Prozent ist jedoch nicht durch das neue Besoldungsgesetz, sondern durch den Nachtragsetat für das Jahr 1921 zu regeln.

Zum Kapitel Dienstwohnungen ist zu bemerken: Nach dem Beispiel Preußens, Bayerns und anderer Länder wird die bisher als Ausnahme zugelassene Schätzungsweise Festsetzung (unter Mitwirkung der örtlichen Beamtenvertretung) geregelt an Stelle der bisherigen Bemessungen. Diese betragen 100 Teile des Ortszuschlags. Dieses gilt in Zukunft nur noch als Aushilfsgrenze.

Endlich bringt die Reform eine

nicht unwesentliche Erhöhung der Pensionen, Warte- und Witwengelder. Der Höchstbetrag des Witwengeldes ist von 9000 auf 28 000 M heraufgesetzt worden, der Mindestbetrag des Witwengeldes von 9000 auf 18 000 M. Das Pensionsergänzungsgesetz vom 21. Dezember 1920 findet auf die neue Besoldungsregelung sinngemäße Anwendung.

Lehrreich ist folgende Übersicht über die Steigerung des Gehalts der einzelnen Beamtengruppen nach dem neuen Besoldungsgesetzentwurf gegenüber dem Friedenseinkommen nach dem Stande vom 1. August 1912. Die Gehaltssteigerung beträgt in:

Rund um das neue große Eisenbahnprojekt für Merseburg.

(Fortsetzung aus Nr. 258.)

Welche Bedeutung diese Gleisbezeichnung „nach und von Zöschen“ hat, liegt noch im Schoße der Eisenbahnverwaltung verborgen. Gegenwärtig besagt sie nur die Richtung Merseburg—Rössen, die ja einige Züge aufweist. Von Rössen bis Zöschen besteht wohl einige Jahre schon der Bahndamm, aber die Gleise fehlen. Hoffen wir, lieber Leser, daß sie auch noch kommen.

In dem Durchschnitt des Bahnkörpers vom Stellwerk an der Naumburger Straße bis zur hinteren Ladestraße des Güterbahnhofes an der gegenüberliegenden Seite befinden sich noch den Erneuerungsplan später 17 Gleise. Von diesen sind: 8 neue durchlaufende Gleise, einschließlich der 3 neuen Personenzuggleise vor dem Stellwerk, und 6 abzweigende Gleise, die in Weichen einlaufen. Die 8 neuen Gleise führen folgende Bezeichnungen von der Naumburger Straße aus gesehen: 1 Gleis für Personenzüge von und nach Mücheln, 1 Gleis für Personenzüge nach Thüringen, 1 Gleis für Personenzüge von Thüringen, 1 Gleis für Personenzüge von und nach Zöschen = 1100 Meter lang, 1 Überholungsgleis von Thüringen nach Merseburg = 685 Meter lang, 1 Gleis für Ferngüterzüge von Mücheln nach Thüringen oder Halle = 640 Meter lang, 1 Gleis für Güterzüge von und nach Schafstädt und desgleichen Zöschen = 620 Meter lang, 1 Ausfahrgleis = 620 Meter lang. Sie werden in dem Durchschnitt Naumburger Straße—Güterschuppen etwa 40—160 Meter hinter der Eisenbahnbrücke der Naumburger Straße ausgezogen.

60 Meter weiter vom Stellwerk an der Naumburger Straße zeigt der Plan in einem Schrägdurchschnitt 60:115 Meter auf einem Bahnkörper von 80 Meter Breite die Anlage von 13 neuen Gleisen. Zu den im vorherigen Abschnitt genannten 8 neuen Gleisen treten folgende: 1 Gleis für Güterzüge von Halle = 650 Meter lang, 1 Gleis für Güterzüge von Thüringen = 645 Meter lang, 1 Gleis für Güterzüge nach Halle = 682 Meter lang, 1 Gleis für Güterzüge nach Thüringen = 620 Meter lang, 1 Ausfahrgleis nach Mücheln = 694 Meter lang.

Die Breite des Bahnkörpers mit 210 Metern zeigt der Plan in dem Durchschnitt von dem Wohnhaus auf dem Allrischen Gelände rechts der jetzigen Abzweigung des Separationsweges von der Naumburger Straße bis gegenüber. Hier zählt man 11 vollständig neue durchgehende Gleise, dazu 10 ausgezogene Gleise und 4 alte Gleise, insgesamt 25 Gleise. An neuen Gleisen treten zu den bisher genannten folgende beiderseits überholungsgleis, 3 Einfahrgleise von Mücheln = 628, 628 und 667 Meter lang, 1 Gleis für Leerwagen und Ausfahrgleis nach Mücheln = 750 Meter lang, 1 Gleis für Kohlenzüge nach Dieteborf = 688 Meter lang, 1 Gleis für Kohlenzüge nach Eisenach = 610 Meter lang, 1 Gleis für Kohlenzüge nach Weißenfels = 560 Meter lang. Die übrigen sind Rangiergleise.

Von diesem Punkt aus verjüngt sich der Bahnkörper wieder auf einer Strecke von 50 Meter weiter bis auf 185 Meter längs des neu zu erbauenden Seitenweges, der von der Naumburger Straße über das Mücheln er Gleis läuft. In diesem Bahnkörperdurchschnitt ist die Zahl der Gleise trotzdem auf 31 gestiegen. Hinter dem eigentlichen Güterbahnhof zur Stadt zu liegen noch die Kohlenbühne und Betriebswerkstätte mit je 2 Zufahrt- bezw. Ausfahrgleisen.

Danach verjüngt sich der Bahnkörper bis zur Seitenwegüberführung über das Mücheln er Gleis um weitere 5 Meter auf 180 Meter Breite. Der neue Seitenweg macht hier einen S-Bogen. Doch erreicht die Erweiterung des Güterbahnhofes in diesem Durchschnitt die Höchstzahl der Gleisanlagen mit 35 Gleisen. Der Durchschnitt reicht von dem S-Bogen des neuen Seitenweges bis gegenüber vor die Einmündung des Anschlußgleises der städtischen Gasanstalt. Das neue Personenzuggleis von und nach Mücheln wird auf einer Länge von 900 Metern bis auf einen Höchstabstand von 50 Metern von dem alten Gleis zu gelegt. Ebenso die neuen Personenzuggleise nach und von Thüringen. Ohne Schwierigkeiten. Die beiden Thüringer Gleise werden von der Abzweigung des Mücheln er Gleises hier nach 900 Meter auf neues Gelände westlich von den gegenwärtigen Gleisen verlegt. Zu ihnen gesellt sich auf dieser Strecke im Innenkörper dann das Gleis für Personenzüge von und nach Zöschen.

Von dieser Stelle ab verjüngt sich der Bahnkörper nötigenfalls wieder stark, da er auf die Eisenbahnbrücke über die Weißenfelser Straße zuläuft. Die Zahl der Gleise verringert sich bis zur Weißenfelser Straße auf 10. Immerhin macht die Erweiterung des Güterbahnhofes eine

erhebliche Verbreiterung der Eisenbahnbrücke über die Weißenfelser Straße

notwendig. Nach dem Planmaßstab ist eine Verbreiterung um etwa 20 Meter notwendig, also ein kleiner Tunnel. Die Verbreiterung richtet sich nach Weißenfels zu und ist kein Vorteil für die Straße bei dem einen Bogen der Brücke. Von den 10 über sich führenden Gleisen sind 6 Hauptgleise, 4 Abzweiggleise, von den letzten 1 Ausziehgleis von 250 Meter Länge. Von hier aus wird zum Leunawerk ebenfalls 1 neues Gleis gelegt. Dies hat zur Folge, daß der bestehende Bahnkörper für das Leunawerk von der Weißenfelser Straße aus um 5 Meter verbreitert wird.

Die Durchführung der 3 neuen Personenzuggleise erfolgt bis über die Kreuzung der alten Verbindungsstraße von der Weißenfelser Straße nach Leuna mit der Eisenbahnlinie hinaus. Das Gleis von und nach Zöschen mündet etwa 70 Meter über der Straßenkreuzung in das alte Gleis, die beiden Gleise von und nach Thüringen laufen erst 100 Meter hinter der Straßenkreuzung in die alten Gleise ein. Die Gesamtlänge der Anlage dieser drei neuen Gleise stellt sich bis zur Einmündung hier auf etwa 1800 Meter. Daß dadurch auch der Bahnkörper an der vorgenannten Straßenkreuzung eine ansehnliche Verbreiterung erfährt, liegt auf der Hand, aber nicht mehr in unserem unmittelbaren Interesse.

Hiermit haben wir ein vollständiges Bild von der geplanten Erweiterung der Gleisanlage des Güterbahnhofes, und wir wenden uns der

Anlage des zweiten Gleises Merseburg—Frankleben

auf der Nebenbahnstrecke Merseburg—Mücheln zu, die wohl gleichzeitig mit durchgeführt werden soll. Das neue zweite Gleis nach Frankleben beginnt auf der Eisenbahnbrücke über die Weißenfelser Straße gegenüber der Einmündung des an der städtischen Gasanstalt vorbeikommenden Fußweges in die Weißenfelser Straße. Auf einer Strecke von etwa einem Kilometer bleibt die bestehende Gleisanlage unverändert. Dann wird es auf einer Kilometer Länge um etwa 2 Meter verlegt, gleichzeitig mit dem neuen Personenzuggleis nach Mücheln. Nach der Anlage von doppelten Verbindungsweichen etwa 60 Meter vor dem Stellwerk Köthichen mündet dieses Gütergleis in die alte Gleisanlage, und rechts von dieser wird dann das zweite Gleis bis Frankleben durchgeführt. Zu beiden Seiten des neuen Bahnkörpers wird auf einer Strecke von etwa 500 Metern vor Köthichen ein neuer breiter Seitenweg angelegt.

Damit hätten wir den Rundgang um die geplanten neuen Gleisanlagen für den Güterbahnhof Merseburg und die Strecke Merseburg—Frankleben beendet. Wir kommen nunmehr zu den weiteren baulichen Veränderungen im Gelände, die diese Pläne zur Folge haben, und damit an erster Stelle zur

Verlegung der Naumburger Straße.

Infolge der Verbreiterung der Eisenbahnüberführung am Schützenplatz und des Ausziehens der 3 neuen Personenzuggleise hinter das Stellwerk macht eine Verlegung der Naumburger Straße in großem Bogen nötig. Sie verläuft in der geplanten Neuanlage 20 Meter auf einen Höchstabstand vom 7 Meter von der jetzigen Straße, dann 30 Meter auf einen Höchstabstand von 9 Meter, weiter 50 Meter lang auf einen Höchstabstand von etwa 14 Meter, und noch 50 Meter auf einen Höchstabstand von etwa 17 Meter von der alten Straße, womit dann der Bogen durchgeführt ist. Im ganzen erstreckt sich die Anlage der neuen Naumburger Straße auf eine Länge von 600 Meter. Sie weist folgende Steigungen auf: 1:40 auf 276 Meter, 1:450 auf 327 Meter Länge. Die neue Straße erhält eine Breite von 11 Meter, die sich verteilen mit 2,50 Meter auf einen Fußweg rechts der Straße, mit 4,50 Meter auf die Fahrbahn und mit 4 Meter auf einen Sommerweg links der Straße am Bahnkörper. Zur Pflasterung der Straßenbahn werden Reihensteine verwandt. Auf den Plänen sind als Anlieger dieser neuen Straßenstrecke verzeichnet in der Reihenfolge von der Eisenbahnüberführung an: zwanziger, Peschel, Schrader-Böttcher, zweimal Schlegel, Gaul, Knauth, Dauer, Grube, Mehnert, Kämmerer, Fiedler, Malpricht, Schrader-Böttcher, Schurig, Bahle.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211104-17/fragment/page=0005

Gr. 2 (Bahnwärter) 1301 Proz.; Gr. 3 (Schaffner) 1340 Proz.; Gr. 4 (Lokomotivheizer) 1280 Proz.; Gr. 5 (Zugführer) 1076 Proz.; Gr. 6 (Sekretäre) 754 Proz.; Gr. 7 (Obersekretäre) 708 Proz.; Gr. 8 (Inspektoren) 691 Proz.; Gr. 9 (Oberinspektoren) 650 Proz.; Gr. 10 (Reg.-Räte) 600 Proz.; Gr. 11 (Reg.-Räte) 579 Proz.; Gr. 12 (Minist.-Räte) 690 Proz.; Gr. 13 (Minist.-Räte) 500—570 Proz.; III Ministerialdirektoren 495 Proz.

Notstandsmaßnahmen für die Invalidenrentner.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beriet am 2. November den vom Reichsarbeitsministerium eingegangenen Entwurf eines Gesetzes über die Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung. Der Gesetzentwurf beabsichtigt, mit Rücksicht auf die außerordentliche Notlage der Rentner aus der Invalidenversicherung eine abermalige Erhöhung ihrer Bezüge. Die Unterstützung soll jetzt so hoch sein, daß ein Gesamteinkommen von 2100 M für Invaliden- und Altersrentenempfänger, 1500 für Witwen- und Witwenrentenempfänger, 800 M für Waisenrentenempfänger erreicht wird, wobei alle sonstigen Einkünfte aus Erwerb oder öffentlichen Einrichtungen anzurechnen sind. Als Träger der Mehrlasten sind Reich, Länder und Gemeinden zu je ⅓ vorgesehen. Der Ausschuß lehnte den Entwurf grundsätzlich ab und präzisierte sein Gutachten einstimmig in einer Reihe von Richtlinien, in denen u. a. zum Ausdruck gebracht wird, daß die Einführung des Bedürftigkeitsbegriffes in der Sozialversicherung abzulehnen sei, ebenso sei die Anrechnung anderweiter Bezüge abzulehnen. Die gesamten Kosten einschließlich der Verwaltungskosten seien vom Reich zu übernehmen. Als Mindestsätze wurden vom Ausschuß folgende Gesamtbezüge vorgeschlagen: 3000 M für Invaliden- und Altersrentenempfänger, 2100 M für Witwer- und Witwenrentenempfänger, 1200 M für Waisenrentenempfänger.

Die Kreditbilfe der Industrie.

Berlin, 4. Nov. Wie bereits gestern gemeldet, finden heute und morgen innerhalb des Reichsverbandes der Industrie die Verhandlungen über die Kreditbilfe der Industrie für das Reich statt. Aus Kreisen der Industrie wird nun dem „Berl. Lokalanz." versichert, daß bei diesen Verhandlungen auch politische Erwägungen der beteiligten Kreise mitspielen, daß aber die aufgetauchten Gerüchte, das Zustandekommen des Anleiheangebots sei in Frage gestellt, unrichtig sind. Man hofft vielmehr mit großer Bestimmtheit, daß das Anleiheangebot durchgebracht wird.

Über den Stand der bisherigen Besprechungen mit ausländischen Finanzgruppen

teilt der „B. A." mit: Zwischen verschiedenen amerikanischen Finanzgruppen einerseits und Vertretern der deutschen Industrie andererseits ist Fühlung in der Frage einer Goldanleihe genommen worden, ohne daß bisher ein greifbares Angebot dabei herausgekommen wäre. Nur von einem sehr kapitalkräftigen englischen Finanzkonzern liegt ein Angebot vor, das sich auf 25 Millionen Papierpfund beläuft.

Gegen die Schließung der Deutschen Werke.

Auch die Spandauer Arbeiter wehren sich.

Berlin, 4. Nov. Die Arbeiterschaft der „Deutsche Werke" in Spandau nahm gestern nach Fabrikschluß in einer Versammlung zu der Forderung der Entente auf Schließung der Werke Stellung. Der Vorsitzende des Zentralbetriebsrates Lick teilte mit, daß man bei der Spandauer Ententekommission gegen die Zerstörung der Spandauer Anlage protestiert und erreicht habe, daß General Nollet eine Abordnung der Spandauer Arbeiter empfangen werde. Man erwarte in den nächsten Tagen Verhandlungen mit General Nollet, wobei dem General ungeschminkt die Lage dargestellt werden solle. In der Diskussion wurde unter anderem mitgeteilt, daß sogar Maschinen beschlagnahmt worden sind, die erst 1919 hergestellt worden waren. Dann wurde vom Versammlungsleiter unter großem Beifall ausgeführt, daß die Arbeiter, wenn die Verhandlungen mit General Nollet keinen Erfolg haben sollten, es ablehnen würden, irgend eine Schraube zu lösen oder einen Stein zu lockern von dem Gebäude, das die Entente vernichten will. Die deutsche Arbeiterschaft solle ihre Solidarität bezeugen. Sollten dennoch Arbeiter nach den Deutschen Werken kommen, um die Forderung der Entente durchzusetzen, so würden sie mit Gewalt entfernt werden.

Der Dollar 219 Mark!

Der Markkurs hat plötzlich wieder im Ausland eine starke Schwächung erfahren. In der Zeit vom 31. Oktober bis zum 2. November hat Neuyork die Markbewise von 0,56 Cents auf 0,51½ Cents herabgesetzt, was bei uns einem Dollarkurs von 194 M entspricht. Im Zusammenhang damit haben an unseren Börsen die Preise für ausländische Zahlungsmittel scharf angezogen. Kabel Neuyork erreichte an der gestrigen Berliner Börse den Kurs von 205 M (bisher amtlicher Höchstkurs 185 M am 17. Oktober). Im freien Verkehr ging der Dollar sogar noch darüber hinaus und erreichte im Verkehr der Nachabendbörse 219. Die Gründe für diese erneute heftige Festigkeit der Devisenpreise sind noch nicht ganz offensichtlich. Allgemein ist darauf hinzuweisen, daß das Ausland in seinem Urteil gegenüber Deutschland pessimistisch bleibt, und daß diese fatalistische Unterströmung in weitgehendem Maße gegenwärtig die Bewertung der deutschen Mark beeinflußt. Vom Ausland werden nur noch widerwillig Marknoten aufgenommen. Eine Erscheinung, die sich in den letzten Tagen fühlbarer machte, ist der Mangel an Material trotz verhältnismäßig geringer Umsätze. Im gestrigen Verkehr waren zahlreiche Reparierungen notwendig. Möglicherweise spielt auch angesichts des gegenwärtigen befriedigenden Geschäftsganges das Eindeckungsbedürfnis einzelner Industriezweige, die in bezug von Rohstoffen stark vom Auslande abhängig sind, eine gewisse Rolle. Als weiteres Moment mag vielleicht auch die allerdings falsche Kombination, wonach Havensteln zwecks Anleiheverhandlungen in London geweilt hat, die aber gescheitert seien, mitgewirkt haben.

Der Sturz der Mark in London.

Paris, 4. Nov. Die Mark erreichte gestern in London den tiefsten Stand von 850. Die „Vallmallgas." erklärt, daß man allen Anlaß habe, zu glauben, daß die deutsche Regierung absichtlich (!) diesen Kurssturz herbeiführe, um sich den Reparationszahlungen zu entziehen. Es liege im Interesse der Regierungen, Unterjuchungen darüber anzustellen, wie dieser Kursfturz vermieden werden könne.

Der Landarbeiterstreik in Schlesien beigelegt.

Breslau, 4. Nov. Der Landarbeiterstreik, der bisher 8 Kreise ergriffen hat und allgemein zu werden drohte, ist, nachdem die von dem Vertreter des Oberpräsidenten geführte Aufnahme der Arbeit bis zum 3. November mittags erfolgte, beigelegt. Den Arbeitern wurde auf den Barlohn ein Zuschlag von 20 Prozent gewährt.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen,

die von der Entente diktiert sind, sind noch nicht in Fluß gekommen. Es ist bis jetzt sogar noch gänzlich unbekannt, wo und unter welchem Vorsitz sie stattfinden sollen. Vor einigen Tagen hieß es in der Ententepresse, der schweizerische Bundesrat Ator sei zum Vorsitzenden ernannt worden, ein persönlich anständiger, aber durch und durch französisch orientierter Mann. Neuerdings gewinnt es indessen den Anschein, als ob man von der Absicht dieser Ernennung zurückgekommen sei und es den Deutschen und Polen überlassen wolle, sich selbst über den unparteiischen Vorsitzenden zu einigen. Das würde natürlich außerordentlich schwer halten. Deshalb sollen die Befürworter dieses Planes in Aussicht genommen haben, daß im Falle einer Nichteinigung zwischen Deutschland und Polen ein Amerikaner den Vorsitz erhalte. Ungewitz ist auch noch, ob die Verhandlungen in Oberschlesien, etwa in Oppeln, stattfinden. Nach Warschauer Pressetäußerungen scheinen die Polen sich in Oberschlesien nicht sicher genug zu fühlen und deshalb einen neutralen Ort vorzuziehen, etwa Prag oder Wien. Sicheres ist darüber aber noch nicht bekannt. Wenn übrigens ein Berliner Blatt behauptet, daß die Zuständigkeit für die entscheidenden Fragen der oberschlesischen Zukunft vom Auswärtigen Amte auf zwei andere Behörden, nämlich das Reichswirtschaftsministerium und das Preußische Handelsministerium, übergegangen sei, so ist das zweifellos unrichtig. Die Verhandlungen werden ganz einheitlich von dem durch die Reichsregierung ernannten Kommissar geführt werden, der selbstverständlich einen Stab von Sachverständigen zu seiner Beratung heranziehen wird. Ihnen aber irgend einen entscheidenden Einfluß auf die Verhandlungen zu gewähren, wäre schon aus dem Grunde nicht angängig, weil natürlich die Sachverständigen diesseits und jenseits der neuen Grenze verschiedene Interessen zu wahren haben, die sich wahrscheinlich vielfach widersprechen dürften.

Scharfe Grenzkontrolle in Oberschlesien.

Oppeln, 4. Nov. Infolge der Note der Botschafterkonferenz ist in oberschlesischen Abstimmungsgebiet eine scharfe Grenzkontrolle. Grenzjüdische Patrouillen nehmen die Paßkontrolle vor. Übertretungen der Paßvorschriften werden mit strengsten Strafen belegt.

Alle deutschen Staatsbeamten verlassen das abgetretene Oberschlesien.

Kattowitz, 4. Nov. Auf die Umfrage der deutschen Behörden unter der deutschen Beamtenschaft, wer in den abgetretenen Gebieten Oberschlesiens zu bleiben und in polnische Dienste zu treten beabsichtigt, oder für wen im deutschen Mutterlande eine andere Stelle besorgt werden solle, haben nunmehr alle Beamten bis auf einige Unterbeamte um Unterbringung im deutschen Staatsdienst gebeten.

Aus der oberschlesischen Wetterecke.

Kattowitz, 4. Nov. Große Entrüstung erregt bei allen Deutschen Oberschlesiens folgende Bekanntmachung, die in der polnischen Presse Oberschlesiens erscheint: „Beim Präsidium des Obersten Rates wurde eine Kommission für persönliche Angelegenheiten gebildet, die die Frage der Annahme der Gesuche derjenigen Personen, die sich um eine Stellung als Beamte der „Wojewodschaft Schlesien" bewerben, prüfen wird. Die Stellungsgesuche müssen an die einzelnen Abteilungen, die die Verwaltung der Wojewodschaft Schlesien vorbereiten, gerichtet werden, von denen sie der obengenannten Kommission zur Erledigung vorgelegt werden. Der Chef des Präsidialbureaus."

Es handelt sich hier um eine Organisation, die nur einen Teil des oberschlesischen Volkes, den polnisch gesinnten, vertritt. Wie wird es da mit der Gleichberechtigung und der Parität im polnischen Oberschlesien aussehen? Es ist traurig, feststellen zu müssen, daß bereits viele reichsdeutsche Firmen sich weigern, selbst bei Vorausbezahlung Waren nach Oberschlesien zu senden. In der oberschlesischen Presse erscheint bereits die Drohung, daß man, wenn dieses Verhalten sich nicht ändern sollte, die Kohlen zurückhalte.

Ermordung eines oberschlesischen Priesters.

Berlin, 4. Nov. Erzpriester Strzybny aus Mosurau, Kreis Kosel, ist in der Nacht zum 1. November erschossen worden, als er vom Beichthören nach Hause gehen wollte. Zwei Banditen feuerten acht Schüsse auf ihn, wovon ihn drei Schüsse in den Kopf und ein Schuß in das Herz trafen. Den Banditen ist man auf der Spur.

Kämpfe mit polnischen Banditen bei Myslowitz.

Myslowitz, 3. Nov. Morgens entspann sich zwischen Banditen einerseits und Gemeindewehr und Apobeamten andererseits ein Feuergefecht, bei dem drei Apobeamte durch Bauchschuß schwer, zwei Gemeindewehrleute leichter verletzt wurden. Zwei Banditen nahm man fest; einer ist der Mörder des polnischen Sladiarzts Dudzyk in Kattowitz, der andere der vierfache Mörder Mussion, der kurz vor dem Feuergefecht seinen eigenen Vater erschoß. Drei Gisenbahner wurden von den Polen trotz Protestes nach Sosnowice entführt und dort zu Tode mißhandelt.

Der Ernst der Ernährungsfrage.

Weiten Kreisen des deutschen Volkes dürfte der Ernst der Entwicklung, wie sie sich international auf dem Gebiete der Landwirtschaft vollzogen hat, nicht hinreichend bekannt sein, da noch immer Versuche gemacht werden, die landwirtschaftliche Produktion, deren Förderung an erster Stelle stehen muß, in ihrem Fortgang zu hindern. Deutlich in die Erscheinung getreten ist das völlige Versagen des gewaltigen Produktionsgebietes Rußlands, das 47 Millionen Tonnen Brotgetreide in Friedensjahren erzeugte, also eine Million mehr, als die darauf folgenden drei Produktionsländer:

Vereinigte Staaten mit 22 Millionen Tonnen,
Deutschland mit 14 Millionen Tonnen
und Frankreich mit 10 Millionen Tonnen

zusammen. Ein Ausgleich fand sich zunächst durch die stark gesteigerte Produktion der überseeischen Länder. Der größten Notlage in Deutschland konnte daher Abhilfe geschaffen werden durch die Möglichkeit der Versorgung besonders aus den Vereinigten Staaten. Nun hat sich aber auch dort eine Entwicklung vollzogen, die einen starken Rückgang der Produktion zur Folge haben wird. Amtliche Berichte berichtet übereinstimmend, daß die Getreidepreise, die nur nach 10—20 Prozent über dem Friedenspreis in den Vereinigten Staaten stehen, von den Farmern als ungenügend betrachtet werden und ein starker Rückgang der Anbaufläche eingetreten und damit weiter zu rechnen ist. Die außerordentliche Trockenheit dieses Jahres hat zudem den amerikanischen Boden derartig hart gemacht, daß eine rechtzeitige Bestellung der Wintersaat ausgeschlossen erscheint. Wird somit die Ausfuhrmöglichkeit dort an sich stark beschränkt, so macht das Sinken der Valuta die Einfuhr nach Deutschland geradezu unmöglich. Die überaus günstige Getreideernte, die Deutschland in diesem Jahre aufwies, macht zwar zurzeit einen erheblichen Teil der sonst notwendigen Einfuhr überflüssig, aber eine Garantie dafür, daß die nächstjährige Ernte ebenso günstig sein wird, ist in keiner Weise vorhanden. Im Gegenteil, auch in Deutschland wird die Trockenheit des Bodens erhebliche Gefahren für die Wintersaat mit sich bringen. Gewiß dürfte trotz des Ovdauer Unglücks die Versorgung mit künstlichem Dünger eine bessere werden als in den früheren Jahren, aber die künstliche Düngung an sich ist nicht allein entscheidend, wenn nicht eine günstige Witterung damit Hand in Hand geht. Das ist am besten erkennbar aus dem Ergebnis der Ernte dieses Jahres, das einerseits eine gute Brotgetreideernte, auf der anderen Seite eine durchschnittlich erheblich unter dem Mittel liegende Kartoffelernte ergab. Immerhin liegt es auf der Hand, daß alles, was zur Förderung der Produktion getan werden kann, gewedeu entscheidende Bedeutung gewinnt. Noch sind wir weit hinter dem zurück, was im Frieden in Deutschland von der Landwirtschaft geleistet wurde; deshalb kann nicht genug davor gewarnt werden, durch radikale Maßnahmen das Zutrauen der Landwirte zu dem ungeübten Gang der wirtschaftlichen Entwicklung zu erschüttern. Auch die steuerlichen Maßnahmen dürfen nicht dazu führen, daß der Betriebsfapital für Verbesserung von künstlichem Dünger in gefährlicher Weise verkürzt wird. Wer heute die Landwirtschaft heranfaßt, alles, was sie an finanziellen Mitteln hat zur Hebung des Betriebes zu verwenden, leistet auch der städtischen Bevölkerung einen größeren Dienst als diejenigen, die aus Prestigeaus rücksichten die landwirtschaftlichen Betriebe fortgesetzt beunruhigen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Nov.

Vizepräsident Rießer eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen.

Die Interpellationen über Vorkommnisse in der Pfalz, über Preissteigerung und Wucher, sowie über das Verbot der Landung russischer Schiffe im Stettiner Hafen, werden von der Regierung innerhalb der gesetzmäßigen Frist beantwortet werden.

Sich selbst getreu.

Roman von Gerhard von Amyntor.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Leutnant von Gotenberg, ein reicher, aber sehr sparsamer Herr, stimmte dem Staatsanwalt bei.

„Der Staatsanwalt hat recht. Es ist mit dem Weine wie mit den Frauen, für gewisse Leute hat ein Dämchen, wenn sie nur aus der Fremde stammt, allemal mehr Reize als eine vielleicht weit schönere Landsmännin."

„Nun, das möchte ich denn doch nicht so ohne weiteres behaupten", lächelte der Freiherr, „im allgemeinen gibt man der eigenen Rasse wohl immer den Vorzug."

„Sein ihr Herren schon wieder bei den Frauen?" grollte Tollen, der hartnäckige Junggeselle. „Lassen wir doch dieses Thema unerörtert; seit Eva Apfelbiß ist uns von den Frauen nur Unheil gekommen."

„Aber auch viel Glück und Sonnenschein", fügte der Freiherr mit einem leichten Seufzer hinzu.

„Sie denken an Ihre Frau Gemahlin", sagte Tell galant, indem er sein Glas ergriff, „wer, wie Sie, Herr von Brant, in der Ehelotterie das große Los gezogen hat, der hat ein Recht, so zu reden. Die Schloßfrau von Eisborn, meine Herren!"

Die Gläser klangen aneinander und wurden bis zur Nagelprobe geleert.

Nachdem die Teller gewechselt waren und eine Schüssel mit Champignons die Ente gemacht hatte, hob Herr von Brant wieder an: „Sie haben, meine Herren, vorhin meiner Gattin so freundlich gedacht, daß ich mich für verpflichtet halte, Ihnen allen im Namen derselben zu danken. Sie sehen in mir einen glücklichen Ehemann, und ich wünsche den Mitgliedern dieser Tafelrunde, auch Ihnen, mein lieber Herr von Tollen, daß Sie es mir bald nachmachen und eine geliebte Frau an den eigenen Herd heimführen mögen."

„Om, hm!" machte Tollen und schüttelte äußerst energisch seinen Blondkopf.

Der Freiherr achtete der kleinen Unterbrechung nicht und fuhr überzeugend fort: „Ein gutes Eheweib ist das Beste und Herrlichste, was sich der Mann im Kampfe des Lebens erobern kann; es tritt ihm gegen alles Ungemach und schützt ihn vor Neue und vor der trostlosen Vereinsamung der alten Tage. Ja, er kann gar nicht zeitig genug nach solchem Schatze und Talisman streben, hätte ich selbst nur recht zeitig diese Lehre befolgt, ich hätte mir manche schwere Stunde in meinem Leben erspart."

„Sie müssen doch aber schon als ziemlich junger Herr geheiratet haben, Herr Baron", warf der Maler dazwischen. „Sie sehen heute genau wie ein wohlkonservierter Rittmeister aus."

„Sehr gütig, Herr Professor. Sie übersehen nur den Schnee, den mir die Jahre schon auf den Scheitel zu streuen beginnen."

„Nur ein kleiblasser Anflug, ein Rokokopuder, der Ihr jugendliches Antlitz um so blühender erscheinen läßt."

„Und doch habe ich zu spät geheiratet, zwei Jahre zu spät."

„Wieso das?" fragten die anderen im Chor.

„Weil ich aus diesen beiden Jahren eine Erinnerung in mein späteres Leben hinübergenommen habe, die mich oft genug unleidlich gequält hat."

„Ach, ich weiß, Herr von Brant", rief der weinfröhliche Tollen, „Ihr famoses Abenteuer mit der schönen Amerikanerin."

„Was wißt Ihr jungen Herren davon? Gar nichts. Ich bin ein alter Mann im Vergleiche mit Euch und darf es daher ohne Umschweife sagen: Ihr ahnt nicht im entferntesten, um was es sich damals für mich gehandelt hat."

„Nun, einiges hat die Überlieferung in unserem Kreise doch aufbewahrt", wandte Gotenberg höflich ein. „Sie sollen als junger Freiherr der schönen Gattin eines aus Amerika herübergekommenen reichen Mannes auffällig den Hof gemacht und allem Anscheine auch nicht ganz vergeblich geschmachtet haben . . . Sie waren eben ein ganz unwiderstehlicher Herzensbezwinger . . ., ja, ja, Herr von Brant, leugnen Sie nicht! Wir erteilen Ihnen nicht nur Indemnität, wir gratulieren Ihnen vielmehr zu Ihren Jugendstreichen und beneiden Sie darum."

Die Erwähnung einer schönen jungen Amerikanerin hatte dem Staatsanwalt einen ohnmachtsvollen Schrecken bereitet; er hatte von dem Schicksal seiner Mutter immer nur in halben Andeutungen sprechen gehört, Frau Lampert hatte den natürlichen Gefühlen des Sohnes, soweit dies ihrer Redseligkeit möglich war, stets Rechnung getragen; aber doch war ihr ab und zu ein Wort entschlüpft, das dem aufmerkenden Sohne mehr verraten hatte, als er eigentlich wissen sollte. Ein banges Vorgefühl preßte ihm jetzt das Herz zusammen, über den Nacken rann ihm ein später Schauer, während jähe Hitze in sein Hirn schoß . . ., was würde er da noch zu hören bekommen?

Zum Glück kamen die Kellner mit dem Nachtisch herein und schnitten durch ihr Erscheinen jede weitere Mitteilung des Freiherrn ab.

Man kostete ein Scheibchen Pumpernickel, zu dem man sich aus einem Quodlibet von allerlei französischen Sahnenkäsen irgend eine Probe herausselesen hatte; dann nahm der Gastgeber sein Glas zur Hand und bat die Gäste, auszutrinken.

„In diesem Sekt ist Geist und Leben!" rief Völker, der sich mit schnalzender Zunge noch am Nachgeschmack des Weines erlabte, „er müßten auch alle Damen sein. Wenigstens wünsche ich unserem liebenswürdigen Wirt, daß die Dame, die er dereinst erwählt, nicht weniger Geist habe."

„Den haben ja die Damen im Überfluß, nämlich Widerspruchsgeist!" versetzte Tollen.

„Sie Unverbesserlicher!" lachte der Freiherr und bot Tollen mit einem kräftigen Prosit Mahlzeit die Hand.

Man ging in ein Nebenzimmer, wo kleine Schalen mit duftendem Mokkaextrakt und die obligaten Likör- und Kissen mit Havannazigarren bereitstanden. Schon nach einem Viertelstündchen lichtete sich der Kreis, es blieben nur der Freiherr, der Staatsanwalt, Gotenberg und der Maler bei ihrem Wirte zurück.

Tell hätte sich am liebsten auch zurückgezogen, aber eine Art Trotz gegen sein eigenes Schicksal bewog ihn, auszuharren und den Faden jenes bei Tische unterbrochenen Gespräches wieder aufzunehmen.

„Sie erwähnten vorhin einer fremdländischen Schönen", wandte er sich gegen den Freiherrn, „und meinten, wir ahnten nicht, um was es sich damals um Sie gehandelt hätte. Sie haben uns neugierig gemacht, lieber Herr Baron, ist es indiskret, wenn wir Sie um Mitteilung des näheren bitten?"

„Ihr sollt's erfahren, meine Herren, es ist freilich nichts Besonderes, immer die alte Geschichte, die ewig neu bleibt, und wenn mit auch nicht das Herz dabei entzwei gegangen ist, ich hätte ich sie doch lieber nicht erlebt . . . Doch nein! Tausendmal nein! Ich freue mich, sie erlebt zu haben, denn was ist schließlich köstlicher als die Liebesgunst eines süßen Geschöpfes, das überhaupt zum ersten Male seine Seele öffnet, wenn man dabei auch bitterböse Erfahrungen machen muß!"

„Um Gottes willen, Herr von Brant", fuhr Tollen in komischer Angst dazwischen, „Sie wollen uns doch nicht etwa einen Roman erzählen?"

„Silentium!" kommandierte Gotenberg, der sich, wie Völker meinte, einen ziemlich dunklen Kopf angezaucht hatte, „der Freiherr Brant von Giesbort hat das Wort; ich bitte, Platz zu nehmen."

Man ließ sich auf den umherstehenden Polstersesseln nieder und lauschte dem Landedelmanne, dem die Lust gekommen war, einmal den jüngeren Herren ein Abenteuer aus seinem früheren Junggesellenleben anzuvertrauen.

„Ich machte", hob er mit gedämpfter Stimme an, „eines Abends im Theater die bekanntschaft einer reizenden, jungen Dame. Der Duft und Zauber einer Rose läßt sich nicht beschreiben, und ebenso wenig könnte ich die magische Wirkung schildern, die die großen, nachdunklen, träumerischen Augen dieser Schönen auf mich ausübten. Ich hielt sie erst für ein Mädchen und benutzte die erste beste Gelegenheit, mich ihr vorzustellen und mit ihr zu plaudern, da erst erfuhr ich von ihr, daß sie verheiratet und erst seit einigen Monden mit ihrem Gatten von Amerika nach Berlin übergesiedelt war. Schon am anderen Tage hatte ich ihre Wohnung ermittelt, und da man mir mitteilte, daß der Gatte auf großem Fuße lebte und auch Herren der besseren Gesellschaftskreise in seinem Hause empfinge, so machte ich dem Manne einen förmlichen Besuch. Drei oder vier Mal wurde ich auch eingeladen. Ich fand meistens nur Herren dort; die Damen, schien es, hielten sich von den zwar anscheinend wohlhabenden, aber doch immerhin etwas zweifelhaften Leuten fern. Besonders war nicht herauszubringen, was er, der Amerikaner, drüben eigentlich betrieben hatte; er sprach wohl dann und wann von seinen früheren Geschäften, verriet aber mit keiner Silbe, worin diese Geschäfte gewesen waren. Dagegen bewies er eine staunenswerte Geschicklichkeit durch allerlei Kunststücke, mit denen er bei Tische und auch nach der Mahlzeit seine Gäste zu unterhalten pflegte. So erinnere ich mich eines Abends; er stand nur drei Schritte vor uns, zog sein rotseidenes Sacktuch, drehte und knotete es derart zusammen, daß es einer kleinen Puppe glich, stellte diese Puppe vor unseren Augen auf den Fußboden und siehe da, die Puppe fing an, aufrecht zu marschieren und nach der Walzermelodie, die er pfiff, taktmäßig zu tanzen. Wir waren wirklich ziemlich verblüfft, da wir beim besten Willen nicht entdecken konnten, womit er die Puppe eigentlich bewegte. Seine Gattin lachte neben meinem Sessel, ich flüsterte ihr zu: er hat wohl an Verdoberaven das Tuch befestigt? Sie schüttelte das Köpfchen, neigte sich zu mir herab und hauchte mir ins Ohr: „Ich weiß es selbst nicht, wie er es macht; auch mir will er es nicht verraten." Ich fühlte den warmen Odem des jungen Weibes und war wie berauscht; auch muß es wohl im Rausche gewesen sein, daß ich ihr zuflüsterte: „Wß kann er voy Ihnen ein Geheimnis haben? Wen man liebt hat, den schließt man sein ganzes Herz aus; stellen Sie mich auf die Probe, ich wäre nicht imstande, Ihnen irgend etwas zu verschweigen." Ich flüsterte, das war ziemlich unverblümt gesprochen, und fürchtete schon, sie würde mir meine Kühnheit übel nehmen, wie ich aber unsicher den Blick zu ihr erhob, bemerkte ich zu meiner größten Genugtuung, daß sie tief errötet war. Das beseligte mein Gemüt; nun wußte ich, ich war ihr nicht gleichgültig, und dieses Bewußtsein versetzte mich in einen Taumel des Entzückens." Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211104-17/fragment/page=0006

Die Anträge wegen Erhöhung der täglichen Mehrarbeit und Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln werden mit der Interpellation Müller-Franken (Soz.) wegen der Preissteigerung feinerzeit verbunden werden.

Es folgt der Antrag Müller-Franken (Soz.) wegen Abänderung der Verordnung über die Lohnbeschlagnahme.

Abg. Kaiser (Soz.) begründet den Antrag, die Pfändungsgrenze von 5000 auf 15 000 M hinaufzusetzen.

Reichsjustizminister Radbruch: Es liegt ein fertiger Entwurf bereits vor, der eine veränderliche Pfändungsgrenze kreuzs vorsieht, um etwaigen weiteren Schwankungen von vornherein begegnen zu können.

Abg. Warmuth (Dn.) beantragt Verweisung an den Rechtsausschuß.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Antrag an den Rechtsausschuß verwiesen.

Zum Antrag Agnes und Gen. über eine Verschärfung der Besteuerung des Börsenverkehrs teilt der Vizepräsident Rießer mit, daß der Steuerausschuß an Stelle dieses Antrages einen Antrag Keil auf eine wesentliche Erhöhung der Börsenumsatzsteuer angenommen habe. Das Haus stimmt diesem Antrag zu.

Es folgt ein Antrag Gothein (Dem.) wegen beschleunigter Veranlagung und

Erhöhung der Reichseinkommensteuer.

Abg. Gothein begründet den Antrag mit der finanziellen Notlage des Reiches.

Staatssekretär Zapf: Die Veranlagung ist Sache der Länder und Gemeinden. Das Reich kann keinen weiteren Einfluß darauf haben, als daß es drängen könnte.

Abg. Aletotte (Ztr.) unterstützt den Antrag und kritisiert die Tätigkeit der Finanzämter, deren Verschleppungstaktik den Staat schädige.

Abg. Dr. Hertz (USS) begründet einen Antrag seiner Partei, daß jeder Steuerpflichtige zunächst auf Grundlage seiner Steuererklärung den Steuerbetrag an das Reich abführe, im Falle der Verzögerung aber Verzugszinsen zahlen müsse.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.) mißt die Hauptschuld der Komplizierthheit unserer Steuern bei. Die Beamten müßten selbst nicht mehr Bescheid. Die Steuergesetzgebung müsse reformiert werden, desgleichen die Verwaltung. Sonst sehe er eine Katastrophe voraus.

Staatssekretär Dr. Zapf spricht sich gegen den vorliegenden Antrag aus, der die Verwirrung bei den schon jetzt überlasteten Finanzämtern nur noch mehr vermehren und einen Zusammenbruch der Verwaltung herbeiführen würde.

Abg. Dr. Becker (D. Vpt.) betont, daß in dieser Frage die große Koalition von Helfferich bis Dr. Hertz zweifellos vorhanden sei, bedauert, daß die Löhne und Gehaltsempfänger in gewissem Sinne benachteiligt seien und stimmt dem Antrag Gothein zu. Gewisse Änderungen in der Organisation seien allerdings nötig, aber eine grundlegende Reform erscheine ihm nicht notwendig.

Die beiden Anträge werden sodann dem Steuerausschuß überwiesen.

Morgen nachmittag 1 Uhr: Anfragen, Interpellation wegen Schließung der Deutschen Werke und Steuerbehörde.

Schluß 6 Uhr.

Deutschland.

Abreise des neuen deutschen Geschäftsträgers nach Washington.

Berlin, 4. Nov. Der zum kommissarischen Geschäftsträger in Washington ernannte Legationsrat Freiherr v. Thermann wird, nachdem aus formellen Gründen eine kleine Verzögerung eingetreten war, heute auf seinen Posten abreisen. Man hofft aber, daß diese Vertretung Deutschlands bald einem wirklichen Botschafter abgegeben wird, über die Person ist die Entscheidung noch nicht getroffen. Es sind für den Posten, dessen Bedeutung für die nächste Zukunft Deutschlands je nach den Fähigkeiten des Inhabers sehr groß werden kann, eine ganze Reihe aus verschiedenen Berufen vorgeschlagen. Unter den Diplomaten ist an erster Stelle der jetzige Botschafter in Tokio, Dr. Solf, genannt worden. Indessen dürfte er nicht mehr in Frage kommen. Ernstlich scheint die Wahl des bisherigen Außenministers Dr. Rosen ins Auge gefaßt zu werden. Wie in politischen Kreisen bekannt ist, hat der Reichspräsident, Herr Ebert, mit Genehmigung des Dr. Rosen zum Reichsminister des Auswärtigen verlangt.

Drohbriefe an den Abg. Auer.

Wie die sozialdemokratische „Münchener Post" meldet, hat der bayerische Landtagsabg. Auer eine Anzahl weiterer Drohbriefe erhalten. In einem von ihnen heißt es, Auer werde die Weihnacht nicht mehr erleben. Gegen den früheren Einwohnerwehrführer Kanzler wurde ein Erntiklärungsverfahren wegen Aufforderung zum Mord eingeleitet.

Deutsch-belgische Grenzregulierung.

Aachen, 4. Nov. Mit dem 1. November ist die deutsch-belgische Grenze des Kreises Eupen dahin abgeändert worden, daß das südöstlich des Tunnels von Rouhzeit an der Bahnlinie Aachen—Monzen und Aachen—Herzogenrath liegende Gelände des Kreises Eupen, sowie die Gebiete des Kreises Eupen nördlich von Moresnet, östlich der Linie Hopfbeid—Broich—Lichtenburg—Langenfeld—Martenthal— Wahlheimer Wald an Deutschland zurückfallen.

Verkauf von Nahrungsmitteln nach dem Auslande.

Auf eine kleine Anfrage des Abg. Delius hat der Reichsernährungsminister geantwortet, daß es nicht zutreffe, daß Agenten ausländischer Firmen in der Provinz Sachsen und den anderen Reichsteilen in großem Umfange Getreide und Kartoffeln zu hohen Preisen aufkaufen und in das Ausland ausführen. Genehmigungen zu solcher Ausfuhr erfolgen grundsätzlich nicht. Gegen Verschiebungen ist eine verschärfte Kontrolle angeordnet. Wirtschaftsverbänden können Ausfuhrscheine für Getreide, Kartoffeln und Mehl überhaupt nicht in die Hand bekommen. Den Anzeigen über Verschiebung ist in jedem einzelnen Falle nachgegangen, sie haben sich aber als unrichtig herausgestellt. Daß kleinere Mengen im Grenzverkehr herausgeschmuggelt werden, ist möglich, trotzdem die Grenze scharf überwacht wird. Es schweben Erörterungen über die Einschränkung oder vorübergehende Aufhebung der Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr und im Reiseverkehr.

Ein Gesetzentwurf über das Verfahren in Versorgungssachen

ist dem Reichstage zugegangen. Seit Beendigung des Krieges sind im Versorgungswesen große Veränderungen eingetreten, weil die früheren Militärversorgungsgesetze den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen und sozialen Anschauungen nicht mehr entsprechen; insbesondere ist eine durchgreifende Neuregelung des materiellen Versorgungsrechts erfolgt. Die Zusammenfassung der in zahlreichen Gesetzen und Verordnungen zerstreuten Vorschriften ist einem Gesetz ist schon deshalb unbedingt erforderlich, weil der bisherige Zustand den Behörden der Erledigung ihrer Aufgaben, den Versorgungsberechtigten die zu unternehmenden Schritte wesentlich erschwert. Besonders nötig sind Änderungen in der Zusammensetzung der Spruchbehörden und ihrer Kammern und Senate. Bei den Versorgungsgerichten sind hunderttausende von Berufungen anhängig und immer neue werden anhängig gemacht; ebenso ist das Reichsversorgungsgericht außerordentlich überlastet. Kammern und Senate sollen deshalb verkleinert werden, damit ohne wesentliche Erhöhung der Kosten ihre Vermehrung durchführt und so eine größere Arbeitsleistung erzielt werden kann. Die Verkleinerung ist auch wegen des unverhältnismäßig hohen Kostenaufwandes bei der bisherigen Besetzung notwendig. Ferner sollen die Instanzen vermindert werden, die Bildung von Hilfskammern und Hilfssenaten und eine Einschränkung der Zulässigkeit der Rechtsmittel ist vorgesehen. Auch die sonstigen Änderungen dienen einer Vereinfachung und größerer Beweglichkeit des Verfahrens.

Provinz und Nachbarländer.

† Halle, 4. Nov. Die in der Saale liegende Kette wird gegenwärtig aufgehoben und abtransportiert, nachdem die Vereinigte Elbschiffahrtsgesellschaft A.-G. in Dresden die Kettenschiffahrt auf der Saale eingestellt hat. Das Kettenschiff Nr. 5 der Gesellschaft besorgt die Wegräumungsarbeiten. Der von der Reederei der Saalschiffahrt-A.-G. in Halle gelaufte Schleppdampfer, der bisher bei der Aktiengesellschaft Weichsel unter dem Namen „Wiene" Passagier- und Schleppfahrten unternommen hat, trifft demnächst in Halle ein, um nunmehr Schleppertienste auf der Saale zu tun.

† Erfurt, 2. Nov. Die Stadtverordneten beschlossen die Übernahme der Leichenbesörderung im städtischen Betrieb, die Beschaffung eines Leichenmotorwagens usw. und bewilligten die erforderlichen Mittel von 205 000 M. Gegen die Vorlage stimmten mit Ausnahme von zwei Vertretern sämtliche bürgerlichen Stadtverordneten. — Zur Förderung des Wohnungsbaues wurden 433 000 M aus den beim Wohnungsamt eingegangenen Ablösungsgeldern bewilligt.

Umbau der Leuchtenburg.

Kahla (S.-A.), 2. Nov. Laut Beschluß des altenburgischen Landtages wird die altehrwürdige Leuchtenburg bei Kahla an der Saale, das Wahrzeichen des ganzen Saaletales, vom kommenden Frühjahr ab einem Umbau unterzogen. Sie wird nach den Plänen des Geh. Baurats Wandel umgestaltet zu einem Ehrenmal für die im Kriege gefallenen altenburgischen Landeskinder, 6000 an der Zahl. Burgtreppe und Burgtor werden zu einem Ehrenhof umgebaut, in dessen Umgang Marmortafeln aller altenburgischen Gemeinden mit den Namen ihrer Gefallenen zur Aufhängung gelangen. Die Kosten des Baues dürften eine Million Mark erreichen. Sie werden in der Hauptsache durch Spenden und Sammlungen im ganzen Altenburger Lande aufgebracht. Auf einer neuen Notgeldreihe der Stadt Kahla, die jetzt zur Ausgabe gelangt, werden die Umbauten nach einem Originalgipsmodell der Allgemeinheit zugänglich gemacht.

Kleine Rundschau.

- Bei einem Einbruche in ein Geschäft in Eisleben fielen den Tätern 25 000 M in die Hände. — Der Kreistag Zeitz beschloß die Einführung einer Luxussteuer von 200 M für Wagen, die dem Luxus und dem Sport dienen. — Auf dem Bahnhof in Erfurt wurden zwei Polizisten verhaftet, die unterreisten und überall Lebensbeschäfte ausführten. In Altenburg überfiel ein Bürogehilfe, der wegen mehrerer Straftaten ins Gefängnis eingeliefert worden war, den Wärter und schlug ihn mit einem Tischbein nieder. Schließlich gelang es aber dem Überfallenen, seinen Gegner das Tischbein zu entreißen und diesen kampfunfähig zu machen. — In Bitterfeld wurde ein Arbeiter festgenommen, der sich vor einiger Zeit an einem 15 jährigen Mädchen vergriffen hatte. — In Wolfen beging der neue Eigentümer des Gasthofes „Zur Erholung" Selbstmord durch Erschießen. — In Teuchern versuchte ein Wegelagerer einen Passanten, nachdem er diesen um Feuer gebeten hatte, zu überfallen. Er kam aber an die falsche Adresse, denn sein „Opfer" war ihm körperlich stark überlegen und verabreichte ihm eine tüchtige Tracht Prügel. — Bei einem Tiefbrunnenbau in Eisenberg atmeten zwei Arbeiter giftige Gase ein und wurden tot aus Tageslicht befördert. — In einem Flugzeug von London nach Hofsmünden flog ein Engländer, um den Glasbüttenwerken einen Besuch abzustatten und ihnen einen großen Auftrag zu überschreiben. — In Bollenstedt erkrankten eine Anzahl Bewohner nach dem Genuß von Backerbrot, dem eine Menge Unkrautsamen und Kornmehl zugesetzt worden war. — In Gräfenhainichen wurde der 20 jährige Sohn eines Fortmeisters, welcher seit einigen Tagen verschwunden war, tot im Walde mit einem Kopfschuß aufgefunden. Ob Unfall oder Mord vorliegt, steht noch nicht fest. — In Bad Kolberg ging eine 21 jährige Fräulein aus Ilmenau auf dem Friedhof spazieren, als plötzlich ein Grabstein umfiel und die Ahnungslose unter sich begrub. Sie erlitt schwere Verletzungen. — Auf dem Kloßhildenschacht in Mansfeld brach infolge Überlastung der Förderbrücke zusammen, wobei 3 Personen getötet wurden. — Auf dem Bahnhof Weiba geriet ein Bergarbeiter unter einen Leerzug, der ihm beide Beine abfuhr, so daß der Unglückliche verblutete.

Vermischte Nachrichten.

* **Raubüberfall mit der Kinderpistole.** Berlin, 3. Nov. Bei einem Fünf-Uhr-Tee in einem ersten Hotel hatte eine Gräfin einen jungen Herrn kennen gelernt, der sich Dr. Schönfließ nannte. Die Dame machte gemeinsame Spaziergänge mit ihrem Bekannten, u. a. auch einen nach dem Grunewald. Nicht weit vom Bahnhof Grunewald kam plötzlich ein junger Mann auf das Paar zu, trat an den Begleiter heran und gab einen Schuß auf ihn ab. Dr. Schönfließ brach zusammen und blieb bewusstlos liegen. Der Angreifer wandte sich nun an die Dame, hielt ihr die Waffe vor die Brust und zog ihr die kostbaren Ringe von den Fingern. Die Gräfin war glücklich, mit dem Leben davongekommen zu sein und lief in das erste Haus, um Hilfe für ihren Begleiter zu holen. Als man aber an den Tatort zurückkehrte, war weder von dem Täter noch von dem Schwerverletzten etwas zu sehen. Die Kriminalpolizei beschäftigt sich mit der Angelegenheit und stellte sehr bald fest, daß das Ganze ein abgekartetes Manöver war. Der angebliche Dr. Schönfließ wurde als ein ganz junger Mann, der allerdings Schönfließ heißt, aber den Doktortitel zu Unrecht führt, in einem Sanatorium ermittelt, wo er wegen eines Nervenfochs sich hatte aufnehmen lassen. Der Räuber ist ein Kaufmanlehr Fischer. Beide sind junge Leute aus sehr achtbaren Familien. Der Überfall war nach einem wohlüberlegten Plan ausgeführt worden. Die Mordwaffe stellte sich als eine Kinderpistole heraus, die der Attentäter mit einer reichlichen Menge Pulverblättchen geladen hatte, um einen glaubwürdigen Knall herbeizuführen.

* **Mord und verzweifelter Selbstmord.** In der vergangenen Nacht gegen 12½ Uhr erschoß in Berlin in der Lützow-Straße Kaufmann Erich Stieler die 25 jährige Kontoristin Elsbeth Wiesemann vor dem Elternhause, weil die junge Dame die Verlobung mit Stieler aufzulösen beabsichtigt hatte. Dann verletzte er sich durch einen Schuß an der Stirn. Eine Streife der Schutzpolizei brachte ihn nach einem Krankenhaus. Seine Verletzungen ist nicht lebensgefährlich. Der junge Mann hatte auf seine Braut 5 Schüsse abgegeben, von denen zwei tödlich wirkten.

* **Selbstmord aus Neugier.** Ein Soldat der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein beschäftigte sich in letzter Zeit, wie aus Koblenz gemeldet wird, viel mit dem Gedanken des Lebens nach dem Tode. Schließlich faßte er den Entschluß, sich zu töten, und erschossen sich. Ein hinterlassener Brief gibt als Ursache der Tat Neugier an. Er konnte es nicht mehr erwarten, das Leben nach dem Tode kennen zu lernen.

* **Raubmord auf der Landstraße.** An dem Fuhrmann Nix aus Entheim wurde auf dem Wege von Frankfurt a. M. nach Entheim ein Raubmord verübt. Das Fuhrwerk von Nix traf abends in Enkheim ein; auf dem Wagen lag der Fuhrmann mit eingeschlagenem Schädel. Über den Täter ist noch nichts bekannt.

* **Prof. Wilhelm Erb †.** Der Altmeister der deutschen Nervenheilkunde, Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. Wilhelm Erb ist im Alter von 81 Jahren in Heidelberg gestorben.

* **Bestrafter Schieber.** Wegen Preistreiberei verhängte das Schöffengericht Bacha (Sthön) gegen den Kaufmann Salomon Ullmann aus Teplitz eine Geldstrafe von 40 000 M. Der Angeklagte, der während der Zwangswirtschaftung Aufkäufer für die Reichswollstelle und hatte die Wolle mit 7 M das Pfund aufgekauft. Anstatt die Wolle an die Reichsstelle abzuführen, stavelte U. die Wolle auf und verkaufte sie später mit 38 M das Pfund.

Freigelassene Mordverbüchtige.

München, 4. Nov. Die am Freitag verhafteten fünf Personen, gegen die sich der Verdacht der Mittäterschaft bei dem Attentat auf den Ministerpräsidenten Auer richtete, ferner zwei weitere Verhaftete sind, wie der „L.-A." aus München meldet, wegen Mangels an Beweisen wieder freigelassen worden.

Verhaftung eines Holzführers in Linz.

In Linz wurde ein Kompagnieführer der Holzbanden namens Brobner verhaftet, der in Dresden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und von der Strafanstalt Straubing, wo er festgesetzt war, in vielen Tagen entflohen ist.

Der Wasserein bruch im Kaliberg werk Hedwigsburg.

Braunschweig, 4. Nov. Minister Oerter teilte in der gestrigen Sitzung der Landesversammlung mit, daß in dem Schacht des Kaliberg werkes Hedwigsburg, wo am Montag morgen ein Langenbruch erfolgte, das Wasser 100 Meter stieg. Von den 600 Arbeitern kamen nur die Gäste verletzten sich in der Saline des Werkes weiter beschäftigt werden. An eine Beseitigung der Wassermassen sei in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Für eine halbe Million Radium gestohlen.

München, 4. Nov. In einem Anwesen in Schwabing wurden am Mittwoch von zwei noch unermittelten Männern Radium im Werte von einer halben Million Mark gestohlen. Eins der Präparate befand sich in einem 3,52 Zentimeter langen Silberröhrchen und hat die Nummer R. P. M. 1202 und die Jahreszahl 1918. Das Präparat enthält 25,28 Milligramm Radiumelement. Das zweite befand sich in einem Platinröhrchen mit der Nummer 4635. Das Röhrchen war von einem 7,76 Zentimeter langen Glasröhrchen umschlossen und trägt die Nummer R. T. M. 1553 und die Jahreszahl 1921. Das Präparat enthält 26,76 Milligramm Radiumelement. Man vermutet, daß die Täter nach Berlin oder Frankfurt a. M. geflohen sind.

Handel — Verkehr — Industrie

= Der Markkurs notierte am Donnerstag in Zürich 2,70 Centimes, er ist gegen den vorangegangen Tag um 0,15 Centimes gefallen. In Amsterdam wurden für die Mark 1,37 Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verschlechterung um 0,13 Cents bedeutet.

= Berliner Produktenbörse vom 3. November. Die schnelle Steigerung der Devisenpreise beeinflußte wieder in hohem Maße die Tendenz am Produktenmarkte. Zu den geforderten außerordentlich hohen Preisen herrschte dringlicher Bedarf, der bei der Geringfügigkeit der zur Verfügung stehenden Ware die teilweise scharf erhöhten Forderungen bewilligen mußte. Weizen und Roggen wurden besonders von den hiesigen und auswärtigen Mühlen gekauft. Bei Gerste zeigten sich die Brauereien wegen der Preissteigerungen mit Anschaffungen zurückhaltender. Bei Mais erstreckt sich die Nachfrage nur auf prompte Ware, die ganz bedeutend im Preise stieg. In Hülsenfrüchten blieben die Offerten gering, was sich in weiteren Preisaufschlägen auswirkte, als durch das Hamstern der einzelnen Wirtschaften die Nachfrage dringlich ist. Die Preise für Mehl, Kleie, alle Futtermittel und Ölsaaten verzeichnen scharf steigende Richtung.

= **Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 3. November.** Weizen, märkischer 335—342, steigend; Roggen, märkischer 256—268, steigend; Sommergerste 355—360, sehr fest; Hafer, märkischer 264—268, schlesischer 260, sehr fest; Mais, ohne Provenienzangabe, Nov.-Jan. 260—270, steigend; Weizenmehl 800—940, steigend; Roggenmehl 650—710, sehr fest; Weizenkleie 170—175, fest; Roggenkleie 170—175, fest; Raps 550—570, fest; Viktoriererbsen 410—440, Kleine Erbsen 260—290, Futtererbsen 270—280, Rapskuchen 220—250, Leinkuchen 325—350, Kokoskuchen 165—170.

= **Schlachtviehmarkt.** Leipzig, 3. Nov. Auftrieb: Ochsen 49, Bullen 27, Kalbern 28, Kühe 104, Kälber 704, Schafe 551, Schweine 641. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. —, 2. Kl. 700—800, 3. Kl. 550—700, 4. Kl. 400—550 M; Bullen: 1. Kl. 750—800, 2. Kl. 600—750, 3. Kl. 500—600, 4. Kl. — M; Kalben: 1. Kl. —; Kühe: 1. Kl. 750—850, 2. Kl. 600—750, 3. Kl. 400—600, 4. Kl. 350—450 M; Kälber: 2. Kl. 900—1000, 3. Kl. 800—900, 4. Kl. 650—800 M; Schafe 1. Kl. 600—675, 2. Kl. 450—600, 3. Kl. 300—450 M; Schweine: 1. Kl. 1400 bis 1475, 2. Kl. 1475—1525, 3. Kl. 1300—1400, 4. Kl. 1150—1300, 5. Kl. 1150—1300 M. Geschäftsgang: Rinder langsam, Kälber mittel, Schafe mittel, Schweine mittel. Überstand: 25 Rinder, 7 Schweine.

Gewinn-Auszug
der
18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 16. Ziehungstag. 1. November 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen

2 zu 500000 M 22699
6 zu 10000 M 2[illegible]60 37594 204094
12 zu 6000 M 48593 161[illegible]09 197149 202289 254834 297519
144 zu 3000 M 6272 9186 9658 9860 22243 23703 24846 37137 31094 51727 41542 47241 52423 67715 68908 74973 75374 79538 79738 82094 89697 101971 104156 113641 132461 138968 141658 147319 154046 157001 167093 169518 169140 169901 169934 174710 181797 182549 183127 184501 194578 195859 204197 212538 216393 217103 217423 231003 233299 235687 245802 247288 249826 250028 251270 251325 253222 265178 266951 267040 268007 270918 278442 281248 281782 286194 286569 290861 292723 296704

292 zu 1000 M 4557 5419 5619 8303 12337 13380 18869 19074 19703 23336 26192 28638 24389 24489 27567 29411 30380 31139 31189 31192 33335 36191 36260 37655 41382 42206 43351 44114 46135 48174 50539 51131 51240 52465 54029 55755 55976 57117 59750 62336 65803 69094 65668 67109 67292 68558 70411 72372 72984 73260 73587 75589 80273 81851 81900 82211 84073 85106 85068 91027 91719 91898 92384 94743 95850 97237 100683 102031 103570 106154 106522 107148 107497 111404 118404 123370 154134 124333 126440 127339 127489 127589 128138 135098 137253 137770 140457 141471 143559 156703 156756 157441 158265 158558 160173 162921 164855 169387 170905 172002 172383 174[illegible] 176783 179003 179741 180770 182955 183912 190850 191490 193999 194285 195419 195655 197004 197598 198057 198478 200470 200682 201958 202098 204631 205616 209504 212072 213426 215826 217394 218424 221453 223445 224075 227013 228150 231087 231812 231888 235571 234421 235859 237104 238936 241007 244528 244675 245872 246925 247288 248622 253130 253.50 253322 253697 257083 257358 258340 260007 261603 262805 263.50 263322 263697 267083 267358 268340 271377 271377 271377 272.89 274634 275.26 275.26 275.26 276.26 276.26 276

Anzeigen

Die Karbweiden der Gemeinde Wallendorf sollen Sonnabend, den 5. Nov. d. J., nachm. 2 Uhr verkauft werden. Sammelplatz: An der Mühle.
Der Gemeinde-Vorsteher.

Möbliertes Zimmer mit 2 Betten (1 Bett frei) an Herrn zu vermieten. Weiße Mauer 1. Zu erfr. abends 7 Uhr bei Salker.

Möbl. Zimmer ist an bess. Herrn zu vermieten. Wäsche muß gestellt werden. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Schlafstelle an bess. Herrn zu vermieten. Bettwäsche muß gestellt werd. Neumarkt 70.

Reg.-Supernumerar sucht sofort **gut möbl. Zimmer** m. Schlafstube i. gut. Hause part. od. 1. Et. Angeb. u. 427 an die Exped. d. Bl.

Kaufm. Beamter sucht **möbl. Wohn- u. Schlafzimmer** in nur besserm Hause. Angebote unter 429 an die Exped. d. Bl.

Jung. Beamter sucht umgeh. **möbl. Zimmer** zu mieten. Angebote unter 426 an die Exped. d. Bl.

Jg. anständ. Mann sucht **freundliche Schlafstelle.** Bettw. k. gest. w. Angeb. u. 430 an d. Exped. d. Bl.

Wer tauscht Wohnung? u. Merseburg n. Mitzau, sofort, Stube, K., Küche, freundl., elektr. Licht vorh. Zu erfrag. Mitzau Nr. 21.

Auf im Bau begr., gut rentierend. Gebäude werd. ga. **60 000 Mark** als 1. Hypothek gesucht. Ang. u. 424 a. d. Exp. d. Bl.

Neu. braun. Anzug, sow. braun. Ulster sehr billig zu verkaufen Blumenthalstr. 12, II.

Ein getrag., gut erhaltener **Winter-Ulster** zu verkaufen Teichstraße 23, 1 Tr. r.

4 fast neue Anzüge zu verkaufen Reipisch Nr. 38.

Sonntag, d. 6. Nov., 1921 (24. n. Trinitatis)

Reformationsfest.

Gesammelt wird eine Kollekte f. die Gustav Adolf-Stiftung.
Es predigen:
Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Bithorn.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Nachm. 5 Uhr: Diak. Wuttke.
Donnerstag abds. 8 Uhr: Versammlung A. d. Geisel 5.
Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Werther.
Im Anschluß Beichte und Feier des heiligen Abendmahls.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. — Pastor Riem.
Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 8 Uhr: Versammlung A. d. Geisel 5.
Freitag, 8 Uhr: Bibelstde. A. d. Geisel 5. P. Werther.
Ev. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag 8 Uhr: Chorgesang i. d. Herberge z. Heimat Lehrer Busch.
Mittwoch 8 Uhr: Versamml. A. d. Geisel 5. Pr. Riem.
Ev. Frauenhilfe St. Maximi.
Donnerstag 4 Uhr: A. d. Geisel 5. Fr. Past. Werther.
Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Boit.
Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl.
Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst.
Montag 8 Uhr: Konfirmierte Söhne im Pfarrhause.
Dienstag 8 Uhr: Kirchlicher Verein des Neumarktes im Merseburger Raden.
Donnerstag 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.
Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Kratzenstein.
Liturgische Reformations-Feier. Instrumentalmusik, Chor- u. Sologesang. Texte am Eingang.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag 4 Uhr: Frauenhilfe Unter-Altenburg 38.
Meuschau. Vorm. 8 Uhr: Pastor Kratzenstein.

Landeskirchliche Gemeinschaft.
Bibelbesprechstunde jed. Mittw. 8 Uhr Karlstr. 4, H., 1 Tr.

Christliche Versammlung Blanckestraße 1.
Sonntag 8 Uhr Bibelstunde.
Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde.

Katholische Kirche. Sonnabend: 5 Uhr Beichte.
Sonntag: ½ 7 Uhr Beichte.
½ 8 Uhr: Frühmesse mit Predigt.
½ 10 Uhr: Pfarramt mit Predigt.
2 Uhr: Christenlehre und Andacht.
An den Wochentagen früh ½ 8 Uhr: Heilige Messe.
Naundorf. 8 Uhr Gottesdienst.
Rössen. ½ 11 Uhr Gottesdienst.

Volksbibliothek Knabenmittelschule Schulstr. 3
Geöffnet Sonntags von 11½—12½ Uhr.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Verstorbenen, des Schuhmachermeisters
Karl Lengner
sagen auf diesem Wege allen Freunden und Bekannten von nah und fern unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Schkopau, Lochau, Dieskau, im November 1921.

Haus-Verkauf.
Mittwoch, den 9. November, vorm. 11 Uhr, soll das Haus Neumarkt 16 erbteilshalber an Ort und Stelle meistbietend versteigert werden. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Bullen und Färsen
Kälber
aus unseren eingetragenen Herden gibt jetzt ab
Gutsverwaltung Werder.

Otto Katzula, Crumpa
Tuchhandlung — Herrenschneiderei

Die Bäcker-Innung Merseburg
gibt ihrer Kundschaft bekannt, daß ihre Mitglieder gezwungen sind, infolge kolossaler Mehlpreissteigerung die Gebäckpreise dementsprechend zu erhöhen:

Markenfreies Gebäck:

1900 Gramm Brot . . .	10.00 Mk.
Brötchen a Stück	0.60 Mk.
Weizenmehl a Pfund . . .	5.00 Mk.

Optikermstr. Fischer
MERSEBURG, Markt 24,
Fachmann für wissenschaftlich **richtige** Augengläser
Erstes optisches **Spezial**-Geschäft am Platze.

Empfehle
zu den billigsten Tagespreisen:
Ia Rindfleisch,
Ia Schweinefleisch,
Ia Hammelfleisch und
Ia Kalbfleisch.

Prima Aufschnitt:
Gekochten Schinken
Rohen Schinken
Mortadella
Kaiserjagdwurst
Zungenpastete
Zunoenwurst
Rüfferoulade
Mettwurst
Schlackwurst
Knackwurst
Polnische Bratwurst
Preßkopf
Rot- u. Leberwurst
Frische Sülze.

Jeden Abend **Warme Wurst**

Paul Peege,
Fleischermstr. / Weiße Mauer 12.

Vergessen Sie nicht,
daß ich jeden Sonnabend von 8—5 Uhr nachm. beim Gastwirt Otto Bischoff, Breite Str., alle Sorten
:: **Felle kaufe.** ::
Händler erhalten keine Extrapreise.
Ferner werden vorläufig nur gegen Bestellung
Lumpen, Knochen, Eisen, Papier und Metalle
zu sehr hohen Preisen gekauft.
Gebr. Theuring, Halle a. S.

Für mein Baugeschäft suche ich zum baldigen Antritt oder 1. April 1922 einen
Kontorlehrling
mit guter Schulbildung.
C. Günther, Maurermeister, Friedrichstr. 36.

Felle
Kaufe jeden Posten Felle und Häute zu allerhöchsten Tagespreisen
Frau Irmisch, Johannisstraße 16.

Konditorei Winter
Oelgrube Nr. 1
Täglich frisches Gebäck
in bekannter Güte
Kakao, Schokoladen, Bonbons etc.

Diverse, getragene **Kinderschuhe** (10 J.) billig zu verkaufen. Zu erfragen Landkraftwerke, Laden, Gotthardtstraße.

Wegen Platzmangels **3 Bettstellen m. Matratzen,** gut erhalten, zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Zinkbadewanne, gut erhalten, und **Liegestuhl** zu verkaufen. Besichtigung nach 5 Uhr. Neu-Rössen, Kauhausstraße 14. oben.

Eine Fuhre Dünger zu verkaufen Gotthardtstr. 35.

7 Stück Legehühner, 1 Hahn zu verkaufen Sand 11, I.

4 Stück futterfeste **Ferkel** zu verk. Runstedt 10.

1 Schwein zum Schlachten od. Weiterfüttern zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Milch-Ziegen, Ziegenlämmer, Dsch. R. Sch.-Kaninchen, Blaue W. und Meerschweinchen zu verkaufen Gemüsebau Rischmühle.

Kuh mit Kalb zu verkaufen Zscherneddel 14.

Matratzendrell, Inlett, Rohnessel, Hausbindfaden zu kaufen gesucht. Angebote m. Muster und Preis an J. Danziger, Berlin S. 59, 68, Sankestr. 19

Welcher Ing. od. Techn. würde jungem Mann abds. **Unterricht i. Elektrotechn.** erteilen. Werte Angeb. u. 428 an die Exped. d. Bl.

Schneider für Aenderungen und Reparaturen sucht S. Weiss, Kl. Ritterstr.

Jugendlichen Arbeiter sucht Buntpapierfabrik.

Jüngerer **Arbeitsbursche** sofort gesucht Justus Oppel Nachflg., Gotthardtstr. 35.

2 Frauen zum Flaschenspülen gesucht Walther Bergmann, Gotthardtstr. 19.

Ein jüngeres **Mädchen** für den ganzen Tag gesucht Obere Breite Str. 9.

Ein älteres Mädchen, das kochen und Rollwäsche plätten kann, gesucht. Hilfe vorhanden. Kahan, Neu-Rössen, Merseburgerstr. 8.

Tücht. Mädchen zum 15. Nov. oder 1. Dez. gesucht Frau Kaufmann Fuß, Gotthardtstr. 46.

Ehrlicher Finder!
Verloren am Mittwoch vormittag im Motorwag. Mücheln-Merseburg oder bis Briefkasten an der Linde ein **Portemonnaie m. Inh.** Auf Geld wird kein Wert gelegt, nur auf den anderen Inhalt. Franz Matzik, Körbisdorf.

Portemonnaie mit 100 M. von armem Mädchen **verloren.** Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 82 — Freitag, den 4. November 1921

73) Auf Grund des § 236 der Reichsversicherungsordnung ist für den Bezirk des Oberversicherungsamtes Merseburg der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter erneut festgesetzt worden. Derselbe beträgt für den Bezirk des Versicherungsamtes Merseburg-Stadt für Versicherte im Alter von

über 21 Jahren männl. M	über 21 Jahren weibl. M	von 16-21 Jahren männl. M	von 16-21 Jahren weibl. M	unter 14-16 Jahren männl. M	unter 14-16 Jahren weibl. M
9600	5400	6300	4500	4000	3000

Die neuen Sätze treten mit dem 1. Januar 1922 in Wirksamkeit und gelten zunächst für die Zeit bis zum 31. Dezember 1922.

Merseburg, den 3. November 1921.
Versicherungsamt Merseburg-Stadt. III. V. 1094/21.

Betrifft: Kanalbenutzungsgebühren.
Gemäß Punkt 8 der Satzung und Gebührenordnung für die Benutzung der Kanäle vom 27. April 1921 (Ortsgesetz VII. 304/119) wird der Bauhandwerkerlohn des Magistrates für die Erhebung der Kanalbenutzungsgebühr für das Rechnungsjahr 1921 auf 10% festgesetzt.

Merseburg, den 18. Oktober 1921.
VII. 1391/21. Der Magistrat.

Genaue Stadtzeit.
Von Sonntag, dem 6. November 1921, an werden die Stadtuhr am Stadtkirchturm und die Uhr am Rathaus nicht mehr, wie bisher, 5 Minuten vorgehen, sondern, in Uebereinstimmung mit Bahn- u. Postuhr, die richtige Zeit angeben.

Merseburg, den 2. November 1921.
VII. 1459/21. Der Magistrat.

Infolge Aufhebung der Zucker-Zwangswirtschaft wird die Zuckerstelle für die Provinz Sachsen in Magdeburg aufgelöst. Ihre Geschäfte werden von der Provinzial-Zuckerstelle Sachsen in Magdeburg nach den Gesetzen über die Abwicklung der Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen vom 13. Juli 1921 (R.-G.-Bl. S. 842) drei Monate. Sämtliche Forderungen erlöschen mit Ablauf der Sperrfrist, wenn sie nicht innerhalb dieser Frist der Provinzial-Zuckerstelle gegenüber sachlich oder gerichtlich geltend gemacht sind.

Magdeburg, den 25. Oktober 1921.
Der Oberpräsident.
Zuckerstelle für die Provinz Sachsen, Verwaltungsabteilung.
Der Vorsitzende: v. Dallwitz-Hohenheim.

Veröffentlicht!
Merseburg, den 1. November 1921.
L. A. 1390/21. Das Lebensmittelamt.

73) gemäß §§ 149—152 der Reichsversicherungsordnung ist für den Bezirk des Versicherungsamtes Merseburg-Stadt wie folgt festgesetzt:

Der Arbeitslohn
für Versicherte im Alter von

über 21 Jahren männl. M	über 21 Jahren weibl. M	von 16-21 Jahren männl. M	von 16-21 Jahren weibl. M	unter 14-16 Jahren männl. M	unter 14-16 Jahren weibl. M
30.—	19.20	23.10	16.—	15.50	12.30	7.—	7.—

Die neuen Sätze treten mit dem 1. Januar 1922 in Kraft und gelten bis zum 31. Dezember 1922.

Merseburg, den 3. November 1921.
III. V. 1093/21. Versicherungsamt Merseburg-Stadt.

Druck und Verlag der Firma Th. Höhner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211104-17/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Zu Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 50 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: für den achtgespaltenen Millimeterraum 35 Pfg., im Reklameteil 1,50 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der gratislos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 259 — Freitag den 4. November 1921 — 48. Jahrg.

Zur preußischen Regierungskrise.

Die Forderung der Stunde.

Die preußische Regierungskrise ist keine partikulare Angelegenheit des größten deutschen Landes, sondern bei dem engen Nebeneinander zwischen dem Reiche und Preußen wird jede preußische Regierungsfrage mehr oder minder auch eine deutsche Frage sein. In diesen Tagen muß man aber sagen, daß die jetzigen Vorgänge in Preußen gar nicht von den letzten Ereignissen im Reiche zu trennen sind. Es ist nötig, daß alle Parteien diese Zusammenhänge und ihre wechselseitigen Erfordernisse klar erkennen. Die demokratische Preußenfraktion hat mit ihrem entschlossenen Vorgehen nicht nur die schleichende Krise in Preußen beendet, sondern gleichzeitig auch die Unmöglichkeit einer dauernden Regierung auf schmaler Basis nachgewiesen. Was für Preußen gilt, gilt auch für das Reich, und es ist höchste Zeit, daß jetzt endlich die Notwendigkeit überall begriffen wird, stabile und tragfähige Regierungen zu schaffen.

Um die große Grundlage des demokratischen Vorgehens nicht verwischen zu lassen, ist es aber nötig, zunächst auf das bestimmteste die Ausstreuungen zurückzuweisen, die es so darstellen, als ob die demokratische Fraktion aus irgendwelchen Gründen persönlicher Art zu ihrem Schritt bestimmt worden sei. Es konnte natürlich nicht ohne Verstimmung bleiben, wenn der Ministerpräsident Stegerwald, wenn vielleicht auch unbewußt, nicht ganz offen gegen die demokratische Fraktion und insbesondere gegen seinen Ministerkollegen Dominicus handelte. Er hat sich nicht als glücklicher Stratege und gewandter Unterhändler erwiesen. Aber von demokratischer Seite wurde darüber nicht ein Wort verloren worden sein, wenn die Zentrumspresse nicht den Versuch unternommen hätte, die Gründe des Vorgehens der demokratischen Landtagsfraktion zu entstellen. Demgegenüber ist ein Wort der Zurückweisung am Platze. Niemand, der die Verhältnisse in der demokratischen Preußenfraktion kennt, kann im Ernst bestreiten wollen, daß es ausschließlich Motive waren, die in der Sache liegen, welche die demokratische Fraktion zu ihrem Beschluß, die Minister aus der Regierung zurückzuberufen, bestimmt haben. Die bisherige Arbeit des preußischen Landtages ist trotz des vielen Redens nahezu fruchtlos geblieben. Der neue Etat liegt in Kürze fertig vor, dabei hat der alte noch nicht einmal die 2. Lesung passiert. Zu eigentlicher gesetzgeberischer Arbeit ist man bisher überhaupt noch nicht gekommen. Die demokratische Fraktion hat sich in der Stellung von Anträgen und großen Anfragen, ja, selbst rednerisch die größte Zurückhaltung auferlegt. Die Hauptschuld lag bei den Sozialisten. Es wäre aber auch Aufgabe des Ministerpräsidenten gewesen, sich mit seiner ganzen Autorität für eine konzentrierte parlamentarische Arbeit einzusetzen. Bei diesem Mangel an Initiative und bei der Unmöglichkeit, fernerhin mit der Zweiparteienminderheit zu regieren, blieb gar nichts anderes übrig, als diesem Zustand ein entschlossenes Ende zu setzen. Gewiß lag bereits ein Plan für ein zu schaffendes Übergangskabinett vor, aber auch er war auf dem toten Punkte angekommen, weil sich der Ministerpräsident darauf versteifte, 3 Beamtenminister in der neuen Regierung zu belassen, obwohl gerade bei Schaffung dieser Regierung mit Zustimmung des Herrn Stegerwald die Beamtenminister dafür in Aussicht genommen worden waren, bei einer Regierungserweiterung politischen Ministern Platz zu machen. Wenn jetzt Herr Stegerwald aus unbekannten Gründen anderer Auffassung geworden ist, kann man dafür nicht die Demokraten verantwortlich machen.

Aber das sind nur Nebenerwägungen. Der Beschluß der demokratischen Fraktion sollte die schleichende Krise nicht nur zur offenen machen, sondern die ganze Krise überhaupt abkürzen. Die demokratische Fraktion ist unter keinen Umständen gewillt, dem Lande noch einmal das Schauspiel eines endlosen Hin und Hers zu bieten. Alle Möglichkeiten sind längst erwogen und durchgesprochen worden. Es muß darum jetzt rasch gehandelt werden. Man darf es begrüßen, daß die Sozialdemokratie diesen gleichen Willen hat erkennen lassen. Aber man kann noch eine andere erfreuliche Feststellung machen: Im preußischen Landtage haben sich gestern die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei für die Schaffung der großen Koalition ausgesprochen. Die Sozialdemokratie ist zu einem geradezu wunderlichen Beschluß gekommen. Ihre Führer haben, und zwar nicht nur mündlich, versichert, daß auch sie für die große Koalition seien, aber sie möchten sie nicht in diesem Augenblick. Man kann den Sozialdemokraten zugeben, daß die Deutsche Volkspartei ihnen die Schaffung der großen Koalition im Augenblick nicht erleichtert hat. Aber politische Parteien können doch unmöglich eine Politik nach dem Muster getränkter Backfische treiben! Wenn die Sozialdemokratie grundsätzlich für die große Koalition ist, dann müssen ihr gerade die neuen zwingenden Verhältnisse alle Augenblicksverstimmungen dämpfen. Es geht doch schließlich nicht an, daß, wenn vier Parteien grundsätzlich bereit sind, nicht nur eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen, sondern auch die wichtigsten Gegenwartsaufgaben gemeinsam zu lösen, daß man sich dann die Gelegenheit in einem Augenblick verscherzt, wo eine breite und stabile Mehrheit eine Lebensfrage für das Land sein muß. Es muß deshalb die Forderung nach der großen Koalition mit allem Nachdruck erhoben werden. Sie ist das Gebot der Stunde!

*

Die Donnerstag-Sitzung des Landtages.

Am Donnerstag mittag 1,20 Uhr wurde die Sitzung des preußischen Landtages eröffnet. Das Haus ist stark besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Präsident Leinert Mitteilung von dem Rücktritt des Kabinetts. Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Der Antrag des Abg. Herald (Ztr.), den ersten Punkt der Tagesordnung, die Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten über Oberschlesien, von der Tagesordnung abzusetzen, wird bei lärmendem Widerspruch der Kommunisten angenommen. Der Ausschußantrag, für die Opfer von Oppau 6 Millionen Mark zu bewilligen, wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Daraufhin vertagt sich das Haus auf Vorschlag des Präsidenten auf Freitag, den 4. November, 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die

Wahl des Ministerpräsidenten.

Schluß der Sitzung 1,30 Uhr nachmittags.

Der kommende deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

Washington, 4. Nov. (U. T.) Der kürzlich in den Vereinigten Staaten eingetroffene deutsche Staatssekretär Bergmann hatte bereits mit den Kabinettsmitgliedern Hoover, Mellon und Underwood längere Besprechungen, bei denen die künftige Gestaltung der amerikanisch-deutschen Handelsbeziehungen erörtert wurde.

Berlin, 4. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der deutsche Unterstaatssekretär Dr. Bergmann hat dem amerikanischen Schatzminister Mellon neue Vorschläge für die deutschen Reparationszahlungen unterbreitet. Dieser Plan wurde gestern dem Direktor der Föderal-Reserve-Bank in Newyork Benjamin Strong vorgelegt. Bergmann erörterte auch alle finanziellen und wirtschaftlichen Probleme. Dem „Newyork Herald" zufolge will die amerikanische Regierung, um diese Pläne Bergmanns einstweilen nicht zu gefährden, an deren Verwirklichung sie großes Interesse hat, keine öffentlichen Erklärungen abgeben.

Harding für die Feier des 11. November.

Washington, 4. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Präsident Harding erließ eine Proklamation, in der er alle Bürger der Vereinigten Staaten auffordert, die im Weltkriege Gefallenen dadurch zu ehren, daß am 11. November mittags 12 Uhr bis 12,02 Uhr jegliche Arbeit völlig ruhe.

Die Alliierten wollen Albanien schützen.

London, 4. Nov. Reuter glaubt zu wissen, daß die alliierten Regierungen bei der Belgrader Regierung wegen des Einfalles jugoslavischer Soldaten in albanisches Gebiet Vorstellungen erhoben haben. Die südslavische Regierung soll aufgefordert werden, ihre Truppen auf jugoslavisches Gebiet zurückkehren zu lassen.

London, 4. Nov. Im Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt: Die englische Regierung beauftragte ihren Botschafter in Paris, der Botschafterkonferenz nahezulegen, die Festlegung der albanischen Grenze nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Strikte Durchführung der Novemberfeier in Sachsen.

Leipzig, 4. Nov. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund, (Gewerkschaftsausschuß für Sachsen) fordert die sächsischen Ortsausschüsse in einem Aufruf auf, für strikte Durchführung des vor einigen Tagen hier gefaßten Beschlusses, den 9. November durch Arbeitsruhe zu begehen, zu wirken. In Leipzig werden am 9. November sieben große Versammlungen abgehalten, in denen Redner der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten sprechen werden. Im Anschluß an diese Versammlungen soll eine große Demonstration auf dem Augustusplatze stattfinden.

Scharfe amerikanische Handelspolitik.

Newyork, 4. Nov. Das Schiffahrtsbüro beschloß, daß jeder zwischen amerikanischen Eisenbahngesellschaften und ausländischen Transportgesellschaften abgeschlossene Kontrakt, der geeignet ist, der amerikanischen Handelsflotte Nachteile zuzufügen, aufzuheben ist.

Harding billigte diesen Beschluß. Die amerikanischen Bahngesellschaften werden aufgefordert, Erklärungen über ihre Kontrakte abzugeben.

Der Direktor der Abteilung Ost im Auswärtigen Amte.

Berlin, 4. Nov. Der bisherige Direktor der Abteilung Ost im Auswärtigen Amte, Herr Behrend, hat einen längeren Urlaub angetreten. Zum Leiter der Abteilung ist der bisherige Referent für Rußland, Geheimer Legationsrat Freiherr Ago v. Maltzahn, ernannt worden.

Kommunistische Verschwörung aufgedeckt.

Helsingfors, 4. Nov. Die Polizei kam hier einer kommunistischen Verschwörung auf die Spur. Dreißig Verhaftungen erfolgten in Wiborg.

Schwere Sturmschäden in Schweden.

Stockholm, 4. Nov. Ein furchtbarer Sturm richtete in ganz Schweden große Schäden an. In Helsingborg wurden die neuen Hafenanlagen zum Teil zerstört. In manchen Gegenden war außerordentlicher Schneesturm, mancherorts liegt der Schnee drei Meter hoch.

Maxim Gorki in Berlin.

Berlin, 4. Nov. Der bekannte russische Schriftsteller Maxim Gorki traf in Berlin ein.

15 Seeleute ums Leben gekommen.

Leanstrup, 4. Nov. Der Dampfer „Niels Grave" aus Landskrona sank im Skagerak. Von 19 Mann Besatzung kamen 15 ums Leben.

13 Soldaten bei einem Autounglück getötet.

Der „L.-A." berichtet aus Wien: Aus Wiener-Neustadt wird gemeldet: Heute abend trafen vom Urlaub zurückkehrende Reichswehrsoldaten ein, die mit einem Lastautomobil nach Kirchschlag befördert werden sollten. Unterwegs stürzte das Auto über eine Böschung und begrub die Insassen unter sich. Bis jetzt wurden dreizehn Tote geborgen, darunter ein Generalstabsarzt.

Neue Unruhen in Jerusalem.

London, 4. Nov. Laut Nachrichten aus Kairo haben sich in Jerusalem Unruhen ereignet. Es wurden Bomben geworfen. Vier Juden und ein Araber wurden getötet, dreizehn Personen sind verletzt worden. Die Unruhen entstanden während eines Versuchs, das jüdische Viertel anzugreifen.

Neue britische Beschwerde über russische Propaganda.

London, 4. Nov. Im Unterhause teilte Lloyd George mit, die britische Regierung bereite eine neue Note an Rußland vor, in der die Beschwerden über das weitere Bestehen bolschewistischer Propaganda und antibritischer Intrigen in Mittel- und Kleinasien und anderen Gegenden durchaus begründet genannt werden. Das künftige Verhalten Englands bezüglich des englisch-russischen Handelsabkommens werde davon abhängen, wie die Sowjetregierung auf die englischen Proteste antworten werde.

Gespannte polnisch-russische Beziehungen.

London, 4. Nov. Reuter meldet aus Reval: Der polnische Gesandte wird nach Moskau zurückkehren, da die Beziehungen zwischen Polen und Rußland gegenwärtig gespannt sind.

Abschluß einer türkisch-persischen Entente.

Konstantinopel, 4. Nov. Der Führer der kemalistischen Delegation hat der nationalistischen Regierung telegraphiert, die Verhandlungen betreffend eine türkisch-persische Entente seien zu Ende geführt und das Abkommen von den Delegationen beider Parteien unterzeichnet worden.

Türkische Friedensdelegation zu den Alliierten.

Konstantinopel, 4. Nov. Die Nationalversammlung von Angora beschloß, nach Frankreich, England und Italien eine Mission zu entsenden, die die Friedensbedingungen der Regierung von Angora mitteilen soll.

Verhandlungen des Landtagspräsidenten mit den Fraktionsführern.

Berlin, 4. Nov. Der Präsident des preußischen Landtages Leinert empfing gestern nachmittag die Fraktionsvorsitzenden der Reihe nach, um sich mit ihnen über die politische Lage auszusprechen. Dabei erklärten sich die Vertreter aller bürgerlichen Parteien für die Notwendigkeit, eine große Koalition herzustellen. Die Sozialdemokraten hielten dagegen daran fest, daß nach den jüngsten Vorkommnissen im Reiche ihnen die große Koalition im Augenblick nicht möglich erscheint. Die Verhandlungen werden heute vormittag fortgesetzt werden.

Die Deutschnationalen gegen die Wahl eines sozialistischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 4. Nov. Die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat beschlossen, mit den anderen bürgerlichen Fraktionen des Landtages Fühlung zu nehmen wegen der Haltung, die die Bürgerlichen in der Frage der Regierungsumbildung in Preußen einnehmen wollen. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei werde, wie mitgeteilt wird, zu verhindern suchen, daß zur Leitung der preußischen Staatsgeschäfte ein Sozialdemokrat berufen werde.

USPD. und KPD. wollen eine rein sozialistische Regierung.

Berlin, 4. Nov. Die Fraktionen der USPD. und der KPD. des preußischen Landtages veröffentlichen Erklärungen zur Regierungskrise in Preußen, in denen sie sich für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung aussprechen. Sowohl die USPD. als auch die KPD. stellt eine Reihe Forderungen auf. Die Fraktion der KPD. fragt die SPD. und die USPD., ob sie bereit seien, unter den von ihnen angegebenen Bedingungen die Regierung in Preußen zu bilden die sie parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen würde.

Politische Uebersicht.

Dänische und schwedische Hilfe für Rußland.

Kopenhagen, 3. Nov. Das dänische Rote Kreuz beschloß eine Hilfsaktion für die notleidenden russischen Kinder, wozu der Staat 100000 Kronen bewilligt hat.

Kopenhagen, 3. Nov. Die schwedische Hilfsexpedition für Samara ist gestern von Stockholm nach Reval abgegangen. Außerdem wurden zwei Schiffsladungen Fische von Göteborg nach Rußland übergeführt. Der gesamte Wert der Ausrüstung übersteigt 300000 Kronen.

Bündnisse im Osten.

Die Gruppierung der neuen Oststaaten läßt deutlich eine Entwicklung nach zwei Richtungen hin erkennen. Frankreich hat mit Polen eine Militärkonvention geschlossen und ist bemüht, Polen nicht im Osten isoliert zu lassen. Darum wird mit Hochdruck darauffin gearbeitet, Polen auch an andere Oststaaten anzugliedern. Nachdem vor einiger Zeit vergeblich versucht worden ist, die neuen Randstaaten Finnland, Estland, Lettland und Litauen mit Polen enger zusammenzuschließen, [illegible] ist ein politisch-tschechisch[illegible] und der Tschechoslowakei ist [illegible] bkommen fertig, aber [illegible] es Handelsabkommen [illegible] Handelsabkommens da[illegible] zustande kommt. [illegible] Bündnis der Kleinen En[illegible] Hände noch insbe[illegible] ein engeres Verhältnis [illegible] auf der Riga[illegible] wirtschaftlich verstän[illegible]

[illegible] man, daß in der gestri[illegible] Konferenz zwischen [illegible] gültig[illegible] Plänen, von denen je[illegible] will, erzielt wurde. [illegible] wurde, tolerant[illegible] mit den Vertretern [illegible] Craigh die Einladung [illegible] Sonntag morgen in Lon[illegible] zusammenkommen [illegible] man an Craigh auf eine Volksabst[illegible] eine unmittelbare [illegible]

[illegible] Behörden der tschecho-slowakischen [illegible] die auswärtige Kurierpost der ungarischen Delegation beschlagnahmt. Die Regierung hat sofort Vorkehrungen getroffen, daß sich ähnliche Fälle nicht mehr wiederholen. Sie hat der ungarischen Regierung versichert, daß dieser Übergriff sofort gutgemacht werden würde.

*

Von der internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 4. Nov. Die internationale Arbeitskonferenz hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig den Vorschlag auf Einführung des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211104-17/fragment/page=0009